

Gewerkschaftliche Rundschau

Zeitschrift des Zentralverbandes der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen

Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften und des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Erscheint alle 14 Tage.

Durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 RM.
Anzeigen: Die dreispaltige mm-Zeile 0.15 RM.

Hauptgeschäftsstelle:

Köln a. Rh., Jülicher Straße 27 · Fernsprecher 21 22 02
Redaktionschluß: Montags vor Erscheinen

Nun aber Schluß mit den „Reparationen“

In klarer, eindeutiger Weise hat unlängst der deutsche Reichstanzler eine Erklärung abgegeben, auf die das gesamte deutsche Volk stierhaft gewartet hatte. „Deutschland kann weder jetzt noch in Zukunft irgendwelche Reparationen zahlen, wenn das wirtschaftliche Leben der Welt wieder belebt werden soll.“ Manche, viele hätten gern gesehen, wenn diese klare, bestimmte Erklärung schon vor Jahren seitens der deutschen Reichsregierung wäre abgegeben worden. Doch bestimmt hätte sie früher abgegeben ihren Zweck und Wirkung verfehlt. Solange die Welt noch in der Kriegspsychose befangen war, die Wirtschaftskrise nicht auch die Siegerstaaten bedrückte, hätte sie wahrscheinlich eine von uns nicht gewollte Wirkung ausgeübt. Zu leicht hätte sie anstatt eine Erleichterung eine weitere Belastung für Deutschland bringen können.

Erst mußten sich die wirtschaftlich und politisch gleich unheilvollen Folgen der Reparationszahlungen in der ganzen Welt auswirken, die Wirtschaftskrise Goldwährungen von Ländern umstoßen, deren Finanz- und Wirtschaftsmacht als unerschütterlich angesehen wurden, die Zahl der Arbeitslosen in die Millionen gehen, bevor die Welt erkannte, daß sich das Wohlergehen einer Gruppe von Nationen nicht auf das Elend anderer aufbauen kann. Dieses um so weniger, wenn die einer Gruppe auferlegten Tributlasten dazu benutzt werden, sie für den unproduktiven Militarismus zu vergeuden. Der normale Austausch der Güter muß ins Stocken geraten, eine Weltwirtschaftskrise im Gefolge haben, wenn der Kapitalmarkt durch politische Zahlungen auf den Kopf gestellt wird.

Jene Instanz, die von den Siegerstaaten selbst dazu berufen worden ist, die wirtschaftlichen Auswirkungen der Reparationszahlungen festzustellen; die Wirtschaftssachverständigen in Basel, haben einstimmig erklärt, ohne Beseitigung der Tributlasten wird die Weltwirtschaftskrise nicht überwunden. Deutschland kann nicht mehr zahlen. Ohne eine endgültige, den wirtschaftlichen Gesetzen gerecht werdende Regelung der Reparationsfrage, ist an eine normale Entwicklung der Weltwirtschaft nicht zu denken.

Die für Ende Januar angesetzte Reparationskonferenz ist verschoben. Verschoben, weil hauptsächlich die Staatsmänner Frankreichs Zeit gewinnen wollten, noch davor zurückzutreten, das heiße Eisen anzufassen. Doch die Lösung dieser Frage kann nicht mehr auf die lange Bank geschoben

werden, wenn nicht die immer noch steigende Wirtschaftskrise zu einem großen Zusammenbruche, in den alle Nationen hineingezogen werden würden, führen soll.

Diese Erkenntnis wächst auch in den ehemaligen Feindstaaten; obgleich dort noch der Kapitalismus, Chauvinismus und Militarismus der besseren Einsicht stark hindernd im Wege steht. Doch die Hoffnung, daß auch hier die aufbauenden, sittlichen und moralischen Kräfte ihre Gegner endgültig überwinden werden, ist durchaus berechtigt. Auf

die Dauer wird die Entwicklung über einseitige Diktate, die keine frei geschlossenen Verträge sind aus denen nur sittlich berechnete Ansprüche hergeleitet werden können, hinwegschreiten.

Um so mehr muß nunmehr das gesamte deutsche Volk hinter seiner Regierung stehen. In diesen Zeiten muß der Hunger nach der politischen Macht, der parteipolitische Ehrgeiz und Eigennuß, unter allen Umständen gegenüber dieser nationalen Aufgabe zurücktreten. Aus innenpolitischen Gründen, in diesem Augenblicke den Erfolg der Bemühungen der Reichsregierung außenpolitisch nicht und Luft für das deutsche

Volk zu schaffen, zu erschweren oder gar zu gefährden, ist einem nationalen Verbrechen gleich zu erachten.

Am wenigsten hat die deutsche Arbeiterschaft hierzu Veranlassung. Sie ist es, die in erster Linie die Folgen der Zahlung der Tributlasten auskosten muß. Das Heer der Arbeitslosen ist auf 6 Millionen gestiegen. Lohnabbau, Kürzung der Leistungen der sozialen Einrichtungen haben viele unter die unterste Grenze eines menschenwürdigen Existenzminimums gebracht. Wer wagt heute noch zu behaupten, daß Reichspräsident und Reichsregierung die drakonischen Notverordnungen aus unsozialem Empfinden und nicht aus der Zwangslage heraus, in die uns die Tributzahlungen gebracht hat, erlassen haben.

Man muß sich, um die Auswirkung der Reparationen auf die deutsche Wirtschaft voll zu begreifen, vergegenwärtigen, welche enorme Kapital-Abzapping die Tributleistungen für Deutschland bedeuten. Natürlich gehen die diesbezüglichen Schätzungen über die Reparationsleistungen Deutschlands je nach der Art und Absicht ihrer Durchführung beträchtlich auseinander. Unbestritten sind die Leistungen Deutschlands seit dem Inkrafttreten des Dawesplans — also seit 1. September 1924. Sie betragen für die Dauer des Dawesplans, d. i. bis Ende August 1929, insgesamt 8 Milliarden Goldmark. Die weiteren Zahlun-

Was hat Deutschland an die Siegermächte geleistet?



...

gen nach dem Youngplan betragen 3 Milliarden Goldmark, so daß sich seit September 1924 eine Gesamt-Tribut-Leistung von 11 Milliarden Goldmark ergibt. Ueber die vorher erfolgten Leistungen bis etwa zur Inflationszeit geben die außerordentlich vorsichtigen und gewissenhaft angestellten Schätzungen Ausschluß, die der verstorbene Professor der Nationalökonomie, Lujo Brentano, durchgeführt hat. Er berechnet die sogenannten gutschriftsfähigen Leistungen Deutschlands bis Ende 1922 mit 41,6 Milliarden Goldmark, dazu kommen weitere 14,3 Milliarden Goldmark, für die Deutschland keinen Anspruch auf Gutschrift hat, so daß die Leistungen bis Ende 1922 mindestens 56 Milliarden Goldmark betragen. Die bisherige Gesamtleistung bemißt sich auf insgesamt 67,7 Milliarden Goldmark. Das entspricht dem gesamten deutschen Volkseinkommen für ein Jahr. Legt man diese Summe um auf die erwerbstätige Bevölkerung Deutschlands, so ergibt sich eine Durchschnittsbelastung von rund 2000 M. auf jeden Erwerbstätigen oder auf den Kopf der Bevölkerung — Kinder, Frauen, Arbeitslose, Invaliden mitgerechnet — auf rund 650 Mark. Die Folgen zeigen sich in der wirtschaftlichen Entwicklung: Mit dem Rückgang des Volkseinkommens, das um die Reparationsleistungen vermindert wird, sinkt die Kaufkraft und Absatzmöglichkeit; die Produktionstätigkeit geht entsprechend zurück — die Zahl der Arbeitslosen steigt: 1929 zählten wir in Deutschland 2 Millionen Arbeitslose, 1930 waren es 3,2 Millionen, 1931 4,7 Millionen, und bei der letzten Zählung bereits zirka 6 Millionen. Unsere Ausfuhr, aus der letzten Endes die Reparationen aufgebracht werden müssen, sank von 3,2 Milliarden RM. im ersten Vierteljahr 1930 auf 2,2 Milliarden RM. im vierten Vierteljahr 1931. Sie wird infolge der immer rigoroser vorgenommenen Abschneuerung der Länder, in die wir ausführten, noch um ein ganz bedeutendes weiter heruntergehen. Es arbeiten z. Bt. nur noch 35 v. H. unserer Produktionsindustrie und 51 v. H. unserer Verbrauchsgüterindustrie. Im Jahre 1932 hat Deutschland ohne Reparationen an laufenden Zinszahlungen zu leisten: 398,4 Millionen RM. für langfristige Anleihen, 420 Millionen RM. Tilgungsraten der Dawes- und Young-Anleihen, 287 Millionen RM. sonstige langfristige Schulden, 660 Millionen RM. Zinsen für kurzfristige Schulden, insgesamt an laufenden Zinszahlungen 1 Milliarde 765 Millionen RM., denen nur 350 Millionen RM. an Zinsforderungen gegenüberstehen. Das Mehr der Zinszahlungen über die Zins-einnahmen beträgt also 1 Milliarde 415 Millionen RM.

Unter solchen Verhältnissen aus der deutschen Wirtschaft noch Tributzahlungen herauszupressen, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Die deutsche Reichsregierung konnte deshalb gar nicht anders, als der Forderung nach weiteren Reparationszahlungen ein strittes „Nein“ entgegenzusetzen. Sie wird durch die nackten Tatsachen einfach dazu gezwungen. Denn: Wo nichts ist, ist auch nichts mehr zu holen. Ein weiteres Herabdrücken der Lebenshaltung der breiten Volksschichten in Deutschland aber ist ein Ding der Unmöglichkeit. Die deutsche Arbeiterschaft insbesondere muß sich entschieden dagegen wehren.

Wenn in letzter Zeit die deutschen Gewerkschaften besonders energisch sich gegen die Reparationszahlungen wendeten, wird ihnen seitens der sogenannten nationalen Kreise vorgehalten: Sie hätten in dieser Frage bisher versagt. Warum sie nicht eher eine solche entschiedene Stellung eingenommen hätten. Ganz deutlich klingt dabei ein Unterton von der „nationalen Unzuverlässigkeit“, „der marxistischen Versuchung“ der Gewerkschaften mit.

Demgegenüber sei festgestellt: Noch bevor die „nationalen“ Kreise, die heute die Vorwürfe erheben, irgendeine Äußerung in dieser Frage verlauten ließen, haben die christlichen Gewerkschaften in entschiedener Weise Stellung genommen. In einer Entschließung des 10. Kongresses im November 1920 in Essen heißt es u. a.:

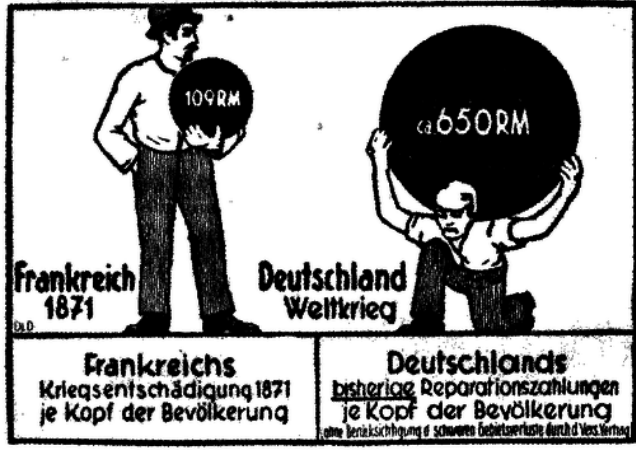
„Der Kongreß erblickt in dem Versailler Vertrag eine unüberbrückbare Schranke für die sittliche Erneuerung, für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und für die soziale Neugestaltung unseres gequälten Vaterlandes und des ganzen notleidenden Europas. Der 10. Kongreß der christlichen Gewerkschaften Deutschlands appelliert an das Gewissen der ganzen Menschheit und mit besonderem Nachdruck an die gleichgesinnten Arbeitskameraden aller Länder, sich mit ihm in dem Kampfe gegen die unsittlichen und unchristlichen Bestimmungen des Versailler Vertrages zu vereinigen.“

Jedes Jahr bei Tagungen des Gesamtverbandes und des Deutschen Gewerkschaftsbundes und in Tausenden von Versammlungen wurde die Forderung nach Beseitigung der Tributzahlungen erhoben. Aber nicht nur durch Worte und Entschließungen, sondern durch die Tat setzten sie sich für diese Forderungen ein. Allerdings nicht in negativer, sondern positiver Art. Die Forderung nach freier Entfaltung der deutschen wirtschaftlichen und kulturellen Kräfte wurde nicht in demagogischer Art erhoben, nicht zum Deckmantel innenpolitischen Machthungers und parteipolitischen Egoismus gemacht, wie es heute von jenen Kreisen geschieht, die die Vorwürfe erheben.

Die christlichen Gewerkschaften werden auch in der Zukunft ihre nationale Aufgabe zu erfüllen wissen, ohne in pharisäischer Weise Volkstreife von sich zu stoßen, die ehrlich gewillt sind, an dem sittlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Wiederaufbau des Vaterlandes und der ganzen Kulturwelt mitzuarbeiten.

Um des Volkswohls willen erwartet sie von all ihren Mitgliedern jene Reichsregierung zu unterstützen, die den Beweis erbracht hat, daß ihr das Wohl des gesamten Volkes, nicht nur einiger ehemals bevorrechtigter Schichten und Kasten am Herzen liegt.

Die Reparationslast



„Es ist eine bemerkenswerte Tatsache, daß das wirtschaftliche Grundproblem eines vor ihren Augen verhungernenden und verfallenden Europas die einzige Frage war, für die es nicht möglich war, die Teilnahme der Völk zu erwecken. Wiedergutmachung war ihr Hauptinteresse auf wirtschaftlichem Gebiet, und sie behandeln sie als eine Frage der Theologie, der Politik, der Wahlakt, kurz, von jedem anderen Gesichtspunkt als dem der wirtschaftlichen Zukunft der Staaten, deren Schicksal in ihrer Hand lag.“

„Wenn wir abfällig auf den Ruin Mitteleuropas ausgehen, dann wird, das wage ich zu prophezeien, die Vergeltung nicht ausbleiben. Nichts kann dann auf längere Zeit den letzten inneren Kampf zwischen den Kräften des Rücktritts und den verzweifelnden Jüdungen des Umsturzes aufhalten, vor dem die Schrecken des letzten deutschen Krieges in nichts verschwinden werden und der, wer auch immer Sieger bleiben mag, die Kultur und den Fortschritt des bestehenden Geschlechtes vernichten wird.“

(Der englische Volkswirt Professor J. A. Keynes in seinem Buche „Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages.“)

Das Tributsystem

Aufgebaut auf Chauvinismus, der geschieht hinter heuchlerische Phrasen von Gerechtigkeit und Menschlichkeit, von Frieden und Sicherheit verborgen wurde, ist das Tributsystem ein grausames Mittel, geeignet und dazu bestimmt, unser Volk dauernd an der unteren Grenze der Existenzmöglichkeit zu halten. Es ist ein raffiniertes System. Aber der damit beabsichtigte Zweck ist nicht erreicht worden und würde, wenn es aller Vernunft zum Trotz bestehen bliebe, niemals ohne größten Schaden für die Urheber erreicht werden können. Was Frankreich damit wollte, das ist ihm zwar zum Teil gelungen: Deutschland ist wehrlos, gedemütigt, ausgeplündert, arm, auf Jahrzehnte hinaus geschwächt. Aber diejenigen Länder, deren Vertreter diesem Plane zustimmten, sind durch das Tributsystem nicht reicher geworden.

Das französische Kriegsziel ist größtenteils verwirklicht. Das englische Kriegsziel war ursprünglich dem französischen ähnlich. Deutschland war England ein unbequemer Konkurrent auf dem Weltmarkt. Diesen Konkurrenten zu schlagen, vernichtend zu schlagen, war seine Absicht. Mit dieser Absicht haben seine Vertreter, allen voran sein größter Demagoge, Lloyd George, dem Versailler Vertragssystem zugestimmt. Nicht zum Vorteil Englands, wie inzwischen das englische Volk sich zu überzeugen Gelegenheit hatte. England hat sein Kriegsziel nicht erreicht. Der Tributplan ist nicht geeignet, der englischen Wirtschaft zur beabsichtigten Monopolstellung zu verhelfen. Er hat aber die englische Währung zerstört. Darum reden heute englische Finanzsachverständige vom Tributplan als von einer Dummheit.

Vorkünftig versuchen die einzelnen Staaten, ganz besonders aber England, sich vor den Folgen des Tributsystems dadurch einigermaßen zu schützen, daß sie durch ungewöhnlich hohe Zölle die Einfuhr erschweren. Für die Dauer ist auch das kein ausreichender Schutz. Es wird dadurch der gegenseitige Gütertausch, der Ausgleich des Weltmarktes erst recht erschwert und die Weltwirtschaftskrise vertieft. Aber dieser Versuch zeigt doch den ganzen Widersinn des Tributsystems. Denn wenn wir Tribute bezahlen sollen, ist uns das nur durch eine verstärkte Ausfuhr möglich. Mit dem, was wir als Volk verbrauchen, können wir nicht zahlen. Wir müssen verkaufen und wir müßten künftig noch mehr verkaufen und unsere Ausfuhr in einem Maße steigern, daß dadurch die Wirtschaften anderer Länder völlig zerstört würden. Ob wir dazu in der Lage wären, kann hier unerörtert bleiben.

Die Regierungen — von der deutschen abgesehen — wagen es aber immer noch nicht, den Unsin und die Schäden des Tributsystems offen zugeben. Sie wären in diesem Fall zu praktischen Schlussfolgerungen gezwungen, die sie möglichst vermeiden möchten. Verschiedene haben sich allerdings wiederholt gegen das ganze Kriegsschuldensystem ausgesprochen, ob sie aber bei der ungelärten internationalen Lage im entscheidenden Augenblick diesen Standpunkt beibehalten, ist immer noch fraglich.

Die letzte Sachverständigenkonferenz, die die deutsche Zahlungsfähigkeit zu prüfen hatte, äußerte sich in ihrem offiziellen Berichte sehr vorsichtig. Außerhalb dieser Konferenz wurden aber Mitglieder dieser Konferenz viel deutlicher. So äußerte sich der englische Finanzsachverständige beim Völkerbund, Sir Starbuck, zum Tributsystem sehr eingehend und für dieses keineswegs günstig. Nach seinen Angaben hatte Frankreich von 1925 bis 1928 einen baren Tributüberschuß von 2228 Millionen Goldmark. In derselben Zeit erhöht

sich der französische Goldvorrat um 2176 Millionen Goldmark, also fast um die gleiche Summe wie der Tributüberschuß. Von 1929 bis zur Anwendung des Hoover-Planes hat Frankreich einen Tributüberschuß von 1372 Millionen Goldmark, und da es gleichzeitig seine kurzfristigen Kredite zurückzog, nochmals eine Zunahme seines Goldbestandes um 3832 Millionen Goldmark. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben anfangs die aus Kriegsschulden empfangenen Gelder wieder an die Weltwirtschaft ausgeliehen. Erst als sie merkten, daß auch der Youngplan undurchführbar sei, behielten auch sie das Gold zurück, so daß ihr Goldvorrat in der Zeit von Januar 1929 bis Juni 1931 um 3385 Millionen Goldmark zunahm, wovon 2220 Millionen Goldmark auf empfangene Kriegsschulden entfielen. Nun verfügen Frankreich und Amerika über 80 Prozent des Goldbestandes der Welt.

Was der englische Finanzsachverständige mit diesen Angaben sagen will, ist etwas einfacher ausgedrückt etwa folgendes:

Deutschland hat die Tribute nicht aus eigenen Mitteln allein zahlen können. Es hat Anleihen aufgenommen. Mit diesen Anleihen hat Deutschland seine Wirtschaft aufgebaut, zugleich aber auch Tribute gezahlt. Diese, hauptsächlich aus England und Amerika stammenden Anleihen, hat Frankreich, soweit sie zur Tributzahlung verwendet wurden — und auf Frankreich entfielen —, in Gold gehamstert und dadurch der Weltwirtschaft entzogen. Da Deutschland die Tribute zum Teil auch aus Erträgen seiner Ausfuhr bezahlt hat, hat Frankreich auch diese Gelder in Gold gehamstert. Später, als der Youngplan schon in Kraft war, haben die Vereinigten Staaten von Amerika ähnlich gehandelt; angeblich zwangsweise. Es haben also schließlich auch andere Länder, hauptsächlich aber England, zur Tributzahlung indirekt beigetragen. Die englische Währung wurde dadurch zerrüttet. England und mit ihm andere Länder mußten die Goldwährung aufgeben.

Nun kann kein Wirtschaftssystem, das kapitalistische aber schon ganz naturgemäß nicht, ohne Geld und insofern bei unsicheren Verhältnissen nur mangelhaft funktionieren. Da nahezu sämtliche Währungen auf Gold aufgebaut waren, wurde das mobile Kapital in demselben Maße verringert, als Frankreich und später Amerika das Gold zurückhielten und in ihren Banken anhäuften. Dieser Entwicklung wurde zunächst dadurch vorzubeugen versucht, daß die Waren schneller umgekehrt, dadurch aber auch billiger verkauft wurden. Der Geldvorrat verringerte sich aber immer mehr. Es trat eine Deflation ein. Der Wert des Geldes stieg, die Sachwerte gingen zurück. Die Produktion wurde eingeschränkt. Die Preise für Rohstoffe und für andere Erzeugnisse der Urproduktion gingen zuerst zurück. Ganz naturgemäß, da die Urproduktion nicht so rasch der veränderten Marktlage angepaßt werden kann, als es der verarbeitenden Industrie möglich ist. Die Produktion ging zurück, d. h.: sie mußte eingeschränkt werden. Dadurch verringerte sich selbstverständlich auch der Absatz und insofern die Produktion noch mehr. Das Ergebnis dieser Entwicklung ist eine zerrüttete Weltwirtschaft, tausende zusammengebrochene Existenzen, Millionen arbeitsloser und hungernder Menschen, Empörung und Verzweiflung, Haß und Not.

Das ist das grausige Ergebnis des Tributsystems! Des Tributsystems, das Frankreich trotz alledem aufrecht erhalten will.

Gerade in der Zeit der **WIRTSCHAFTSKRISE**
gewinnen **SCHUTZ UND HILFE**
für den einzelnen durch seinen Verband erhöhte Bedeutung

An die christliche Arbeitnehmerschaft!

Böller und Staaten, die ganze Menschheit erzittert unter den Wehen eines gewaltigen Umwälzungsprozesses. Die Keime der Umwälzung liegen in der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Vorkriegszeit. Durch Uebersteigerung der Bedeutung der Wirtschaft hat sie zu Unordnungen geführt, die auch den Bestand des deutschen Volkes bedrohten.

Im deutschen Volke waren aber starke positive Kräfte wach, die gegenüber radikalen Strömungen eine organische Umordnung des Volkslebens gewährleisten konnten. Einer radikalen, sozialistischen Arbeiterschaft stand eine christliche Arbeiterschaft gegenüber. Sie führte den Aufstiegs- und Freiheitskampf der Arbeiterschaft gegenüber den Härten des kapitalistischen Systems. Sie führte ihren Kampf aber nicht gegen den Bestand des Volkes, sie führte ihn um die organische Einordnung aller Volksgruppen in eine nationale und soziale Volksordnung.

Dann kam der Krieg mit seinem gewaltsamen Einbruch in jede angebahnte Volksentwicklung. Es kam der unheilvolle Ausgang des Krieges mit seinem brutalen „Friedensvertrag“ für unser tapferes Volk, das einer erdrückenden Mehrheit weichen mußte.

Dreizehn Jahre ertrug das deutsche Volk den namenlosen Druck des Versailler Diktates. Seine Volkskraft wurde ausgehöhlt. Ganze Volksschichten versanken andere verarmten. Andere übersteigerten sich in der Pflege einer wirtschaftlichen Scheinblüte, deren Rückschlag den Zerlegungsprozeß des Volkes noch fördern mußte.

Der Rückschlag kam. Mehr denn 6 Millionen deutscher Volksgenossen sind dem grausamen und gefährlichen Schicksal der Arbeitslosigkeit verfallen. Die Not des deutschen Volkes ist aufs höchste gestiegen.

Not aber ist der Boden des Radikalismus.

Bürger und Bauern, die ihr Vermögen verloren, Militärs und Beamte des alten Deutschland, denen Geltung und Glanz verblähten, Studenten, deren Zukunft gefährdet, Kleinbürger, deren Behaglichkeit gestört, Jugend, die das Kriegsspiel lockt, strömen dem Rechtsradikalismus zu. Und diesem Rechtsradikalismus gilt auch die Hoffnung jener Wirtschaftsführer, denen ein soziales Deutschland das Herrenrecht zu rauben droht.

Große Massen der Arbeiterschaft aber, denen die soziale Not, die Not der Arbeitslosigkeit jede Hoffnung für die Zukunft rauben, stürzen sich dem Linksradikalismus in die Arme.

Zwischen diesen beiden Radikalismen, zwischen Kommunismus und Nationalsozialismus, schwankt das deutsche Volksschicksal. Beide versprechen dem gepeinigten deutschen Volke für die Zukunft glückhafte Zustände.

Der Kommunismus verspricht das Paradies menschlicher Gleichheit, wie es der alte marxistische Glaube seit Jahrzehnten versprochen. Die christliche Arbeiterschaft hat diesen utopischen Wahn seit Anbeginn bekämpft. Das russische Beispiel gibt ihr recht. Bolschewistische Methoden nach asiatischem Muster in Deutschland bedeuten nicht nur den Untergang der deutschen Arbeiterschaft, sie bedeuten den Untergang des deutschen Volkes.

Aber auch den Nationalsozialismus lehnt die christliche Arbeiterschaft ab. Der Nationalsozialismus gebärdet sich als nationaler Ausbruch des deutschen Volkes. Die christliche Arbeiterschaft braucht für ihren nationalen Lebenswillen den Nationalsozialismus nicht als Helfer. Sie war national immer wach. Ihr nationales Bekenntnis zu einem geeinigten, freien deutschen Volkstum wächst aus ihrer christlichen Weltanschauung. Und je brutaler fremder Machtwille das deutsche Volk niederzuhalten sucht, um so treuer wird die christliche Arbeiterschaft das Banner deutscher Volksfreiheit tragen.

Freudig bejaht sie auch den nationalen Willen anderer Volksgruppen. Allerdings darf sich dieser nationale Wille nicht im Geschrei der Straße, nicht im Niederbrüllen und Nieder schlagen anderer Volksgruppen erschöpfen. Er darf sich auch nicht erschöpfen in Waffengeklirr und im Absingen blutrünstiger Lieder.

Parteien und Gewerkschaften

Unter den Verbänden, die dem Deutschen Gewerkschaftsbunde angeschlossen sind, ist es der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband, dessen Mitglieder (nicht die Organisation als solche) sich wohl am wenigsten als immun gegenüber der radikalen politischen Agitation von rechts erwiesen hat.

Der Vorsitzende des Verbandes, Hans Bechly, nimmt nunmehr in der Nr. 2 der „Deutschen Handelswacht“ Stellung zu den politischen Vorgängen und begründet das Recht hierzu wie folgt:

„Die parteipolitische Neutralität des Verbandes hat Grenzen, die durch die Verbandstage in Leipzig und Braunschweig scharf gezeichnet sind. Die ganze Arbeit des Verbandes gilt der Stärkung der nationalen Geschlossenheit unseres Volkes und der geistigen und wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung der deutschen Kaufmannsgehilfen! Danach haben wir uns allein zu orientieren und aus diesen Aufgaben allein ergeben sich die Gesetze unseres Handelns. Ich weis mich frei von allen parteipoliti-

tischen Einflüssen in der Führung meines Amtes, und ich werde niemals meine Einwilligung dazu geben, daß die parteipolitische Neutralität im Verbandsansehen angetastet wird, aber die Neutralität darf nicht zur Grundlosigkeit werden, dann sind wir keine geistige Bewegung mehr, sondern ein Verein, wie viele tausend andere auch.“

Mit dieser Begründung nimmt Bechly das Recht für sich in Anspruch, als Verbandsvorsteher den Aufruf zur Wahl Hindenburgs unterzeichnet zu haben und erklärt, genau wie vor sieben Jahren, auch jetzt treu und unerschütterlich zu Hindenburg zu stehen.

Seine sachliche Stellungnahme begründet er wie folgt:

„Den Hauptjammer der heutigen Zeit und in unserem Volke erblicke ich darin, daß so viele Menschen sich bemühen, sich vor Verantwortung zu brüden. So viele Männer, die in der Politik und auch in der Wirtschaft Führerstellen bekleiden, sind ständig bemüht, unbequemen Entscheidungen entweder auszu-

Das Nationalbewußtsein, das die christliche Arbeiterschaft im ganzen deutschen Volke lebendig sehen möchte, ist der Wille, sich als einheitliches, schaffendes Volk der Arbeit gleichberechtigt im Kreise aller Völker der Welt zu behaupten. Dieses Bewußtsein nährt die christliche Arbeiterschaft aus ihrer christlichen Weltanschauung, die ihr festes Richtbild ist für alle Erscheinungen des menschlichen Lebens.

Dieses feste Richtbild fehlt dem Nationalsozialismus. Wo er geistige Richtlinien aufstellt, verletzt er christliches Gefühl. Sein Rassenglaube ist unchristlich. Die christliche Arbeiterschaft hat die marxistische Auffassung leidenschaftlich bekämpft, daß alle Kultur nichts als Ausstrahlung der Wirtschaft ist. Genau so lehnt sie die nationalsozialistischen Theorien ab, die verkünden, daß wahre Kultur abhängig sei vom Blut der nordischen Rasse. Beide Ideen sind Religionsersatz. Die christliche Arbeiterschaft lehnt sie als unchristlich und geistesunwürdig ab.

Das äußere Gebaren des Nationalsozialismus, seine Gewaltanwendungen, die dem Terror des Kommunismus gleichkommen, sind barbarisch und stehen im Gegensatz zu jeder christlichen Lebensform.

Der Nationalsozialismus gefährdet vor allem die soziale Entwicklung der deutschen Zukunft. Auch die christliche Arbeiterschaft ist sich klar, daß der heutigen Staatsordnung Mängel anhaften, daß sie soziale Ungerechtigkeiten einschließt, die möglichst schnell beseitigt werden müssen. Aber die heutige Staats- und Volksordnung ist ein Anknüpfungspunkt zur künftigen nationalen und sozialen Volksordnung, die zu schaffen Aufgabe aller Volksschichten ist. Der Nationalsozialismus will den Weg zu dieser Zukunftsordnung gewaltsam zerstören. Sein täglicher Schrei nach „Veränderung des Systems“ geht auf die Zerstörung aller Anknüpfungspunkte des sozialen Volksstaates. Sein Ziel ist die Diktatur des brutalen Machtgedankens. Und hinter ihm stehen starke Kräfte der Reaktion, die von seinem Sieg als „Ware“ für ihr „Geld“ die Ausschaltung und endliche Vernichtung der Gewerkschaften erhoffen. Als Vorarbeit sucht der Nationalsozialismus schon jetzt durch Zellenbildung in den Betrieben die Kraft der Gewerkschaften auszuhöhlen. Parteipolitische Zellen sollen zielbewußte Berufs- und Gewerkschaftsarbeit zerstören und zerlegen.

Die Diktatur des Nationalsozialismus, dem die „Massen“ nur Mittel zur Erreichung der Macht sind, würde die Arbeiterschaft wieder in ein Hörigkeitsverhältnis zurückwerfen, das der Kampf der Arbeiterbewegung eben erst gebrochen hat.

Diese Erkenntnisse weisen auch der christlichen Arbeiterschaft ihren Platz an.

Schon haben sich starke Kräfte der Arbeiterschaft und auch des Bürgertums zu Abwehrformationen gesammelt. Den Kampfformationen des Nationalsozialismus stehen Bereitschaften des Volkes gegenüber, die zur Abwehr jeder illegalen Machtergreifung und Machtführung entschlossen sind.

Die christliche Arbeiterschaft bejaht den Volkswillen zur Abwehr jeder Diktatur. Sie selbst steht in eigener geschlossener Front gegen kommunistischen und nationalsozialistischen Diktaturwillen. Ihr Kampf gilt der Freiheit der Arbeiterschaft.

Ihr Kampf gilt der Freiheit der christlichen Kultur und Lebensform.

Ihr Kampf gilt der nationalen Freiheit des deutschen Volkes.

Ihr Kampf gilt der Sicherung einer zukünftigen sozialen Volks- und Wirtschaftsordnung, die aus der freien Entfaltung und sinnvollen Zusammenarbeit der Berufe und Stände erwächst.

Für die Verteidigung dieser Zukunftsentwicklung setzt sich die christliche Arbeiterschaft mit allen körperlichen und geistigen Kräften ein. Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands ist überzeugt, daß alle Glieder der Bewegung in dieser verantwortungsvollen Zeit in lehrer Treue ihre Pflicht tun.

Es geht um Leben und Freiheit der deutschen Arbeiterschaft.

Es geht um Leben und Freiheit des deutschen Volkes.

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

welchen oder sie auf andere Schultern abzumäßen. Verantwortung ist es in der Hauptsache und Flucht in die Illusion, die unsere Entwicklung in der Nachkriegszeit auf die schiefe Ebene gebracht hat.

Verantwortungsscheu aus engherzigem Parteiinteresse, sowie die Illusion, die politische Entwicklung in Deutschland rückwärts drehen zu können, haben die Hugenberg-Gruppe zum Treubruch an Hindenburg verleitet. Diese Kreise waren es doch, die den greisen Feldmarschall durch Appell an sein Pflichtgefühl schließlich bewogen haben, die schwere Bürde des Amtes sich aufzuladen zu lassen. Damals schrieben die Gegner Hindenburgs, daß mit ihm die Reaktion auf dem Anmarsch sei. Sie schrieben das, was all die Kreise, die hinter Hugenberg sich gesammelt haben, damals heimlich hofften. Wir kennen doch genau die Ziele der Hugenberg-Partei, die sie mit Hilfe der nationalen Harzburg-Opposition zu erreichen hofft. All die Kreise, die vor dem Kriege Nutznießer des damaligen Systems mit dem Dreiklassen-Wahlrecht waren, und die es nicht vermeiden können, daß die Arbeitnehmerschichten ihnen jetzt politisch und gesellschaftlich gleichgestellt sind, haben nur eine Sehnsucht, diesen Zustand so oder so wiederherzustellen.

Das waren die Hoffnungen, mit denen diese Kreise den Amtsantritt Hindenburgs begrüßten. Daß er ihnen diese Hoffnungen nicht erfüllt hat und die Erkenntnis, daß er sie ihnen auch nie erfüllen wird, hat sie veranlaßt, ihm bald nach seinem Amtsantritt die damals gelobte Treue zu brechen. Hugenberg puschte durch seinen Presseapparat draußen die reaktionären Wahlkreisvorstände gegen die damaligen Führer seiner Partei auf, stürzte sie und ließ Hindenburg, weil er ihn nicht zu seiner Kreatur machen konnte, einfach sitzen. Einen größeren Treubruch hat es in der politischen Geschichte des deutschen Volkes kaum gegeben.

Mit Hilfe der nationalen und christlichen Arbeitnehmerschichten ist 1918 die Deutschnationale Volkspartei gegründet worden. Hugenbergs erstes Werk war, die Führer dieser Arbeitnehmerschichten aus der Partei herauszudrängen und die gelben Vereine zur alleinigen Arbeitnehmerpartei zu machen. Der Haß richtet sich gegen die Gewerkschaften in der ganz richtigen Erkenntnis, daß eine neue Entrechtung der Arbeitnehmerschichten ohne die Niederringung der Gewerkschaften, die alle ohne Unterschied von den Reaktionen zu Marxisten und Trägern „des Systems“ gestempelt werden, nicht möglich ist.

Das ist die Melodie, die von allen Gruppen, die hinter Hugenberg und Genossen stehen, gepfiffen wird, um die es dieser nationalen Opposition in der Hauptsache geht. „National“ ist für sie bloß der Deckmantel, hinter dem die reaktionäre Kluft schlau verborgen wird. Diese Kräfte wissen genau, was sie wollen, sie wissen aber auch, daß sie keine, aber auch gar keine Aussicht haben, von sich aus allein jemals zur Macht zu gelangen. Jetzt legt die Reaktion ihre Hoffnung auf die Nationalsozialisten. Glaubt etwa irgendein normaler Mensch in Deutschland, daß die Schwerindustriellen unter Führung des Herrn Frig Thossen nur aus rein idealen Gründen mit der nationalsozialistischen Partei sympathisieren? Glaubt jemand daran, daß all die Arbeitgeberverbände und Wirtschaftsführer, die mit in Harzburg waren, daß diese das nationale Ziel im Auge haben? Wir glauben es nicht, denn wir kennen die Methoden genau, mit denen dort gearbeitet wird.

Die Berechnung ist ganz einfach folgende: Es muß alles darangesetzt werden, zwischen allen politischen Kräften, die den Arbeitergewerkschaften objektiv oder wohlwollend gegenüberstehen und dem Nationalsozialismus eine Lobschuld zu erzeuhen, daß eine Verständigung oder politische Zusammenarbeit zwischen beiden unmöglich wird. Darum die Hege der Hugenbergpresse gegen Brüning. Wäre Brüning reaktionären

Bestrebungen freundlicher gestimmt und ließen sich mit ihm reaktionäre Geschäfte machen, dann würde man sich den Teufel um die Nationalsozialisten bemühen. Dann würden die nationalen Bedenken gegen Brüning sofort verschwinden, und man würde Arm in Arm mit ihm gegen Hitler zu Felde ziehen. Da aber Brüning aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung stammt und die Gewerkschaften aus nationalen Gründen für notwendig hält, weil er nicht bereit ist, die Arbeitnehmer wieder zu Staatsbürgern zweiter Klasse zu machen, deswegen wird er mit nationalen Vorwänden und als Beschützer „des Systems“ bekämpft.

So richtig hier Beschly die sozialen Anschauungen der Hugenbergianer kennzeichnet, um so unberechtigter ist seine Hoffnung, daß sich der Nationalsozialismus wieder aus den Klauen des Kapitalismus und des Scharfmachtentums befreien könnte. Wer sich so eng mit dem Herrenmenschtum verbunden hat, wie es durch die Harzburgfront geschehen ist, wird sich aus dieser Umklammerung nicht mehr befreien können. Dieses um so mehr nicht, da der Nationalsozialismus selbst die Berechtigung einer freien unabhängigen Gewerkschaftsbewegung verneint und versucht, diese durch Betriebszellen, Beteiligung an Betriebsratswahlen auszuhöhlen versucht. Damit ist die klare Stellungnahme der Gewerkschaften ganz zwangsläufig gegeben.

Arbeterschaft, Gewerkschaften und Regierung

Wie unlöslich die soziale Lage der Arbeiterschaft mit der des gesamten Volkes verbunden ist, hat uns das vergangene Jahr mit den einschneidenden Maßnahmen der Notverordnungen gezeigt. Abgesehen davon, daß manche unsoziale Härte für die Arbeitnehmer bei einer ihr günstigeren Verteilung der politischen Kräfte sich hätte vermeiden lassen, muß doch anerkannt werden: Im großen und ganzen sind die Notverordnungen ein Produkt der Notlage des gesamten Volkes. Wenn dem nicht so wäre, wäre es unverständlich, warum alle sich für das Gesamtwohl verantwortlich fühlenden Parteien, einschließlic der sozialdemokratischen Partei, darauf verzichteten, die Aufhebung der Notverordnungen durch einen einfachen Beschluß des Reichstages zu erzwingen. Der Hinweis auf unsoziale, kapitalistenfreundliche Einstellung all dieser Parteien gibt keine Erklärung, trifft auch nicht zu.

Die tiefere Ursache für die Weltwirtschaftskrise, für die Arbeitslosigkeit, in Deutschland sechs Millionen, ist — wie wir in den beiden vorhergehenden Artikeln nachwiesen — in der Destruktion der Weltwirtschaft, durch den Krieg und den sogenannten Friedensvertrag bedingt, zu suchen. Sachwerte von über 87 Milliarden Mark lassen sich eben nicht durch politische Verträge von Nation zu Nation ohne entsprechende Gegenleistungen verschieben, ohne den normalen Gang der Wirtschaft auf den Kopf zu stellen. Zumal dann nicht, wenn diese Beträge in der Hauptsache dazu benutzt werden, Gold in den Staatsbanken weniger Nationen aufzuhäufen, um damit die machtpolitischen Absichten einer Nation gegenüber den anderen einen verstärkten Rückhalt zu geben.

Deutschland ist unter diesem System der Tributzahlung fast zusammengebrochen. Von seiner Regierung muß das Volk verlangen, nichts unversucht zu lassen, dieses System zu beseitigen, und mit allen Mitteln sich für die Wiedergewinnung der außenpolitischen Freiheit und der vollen Gleichberechtigung mit allen anderen Nationen auf allen Gebieten einzusetzen.

Eine Meinungsverschiedenheit über diese Aufgabe der Regierung kann es im deutschen Volke, ohne Unterschied, welcher Klasse, welchem Stande, welcher Partei oder Konfession der einzelne Staatsbürger auch angehört, nicht geben. Für die Arbeiterschaft ist die Befreiung von den Fesseln des Versailler Vertrages die erste Vorbedingung für ihren kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Wiederaufstieg.

Wenn trotz dieses gleichen Zieles sich das deutsche Volk nicht zur einheitlichen, geschlossenen Unterstützung seiner Regierung zusammenfinden kann, so ist für diese betrübliche Tatsache in erster Linie der parteipolitische Egoismus, der wenig entwickelte politische Sinn verantwortlich zu machen. Innenpolitische Sonderbestrebungen, Wiedererlangung verlorener Vorteile, der Kampf um den Platz an der Futterrippe des Staates, Beseitigung der politischen und gesellschaftlichen Gleich-

berechtigung der breiten Volksschichten, Wiedereinführung eines Kastensystems in der Gesellschaft und eines Herrenmenschtums in der Wirtschaft sind fast ausschließlich die Beweggründe, die keine geschlossene Unterstützung der Regierung in dieser Lebensfrage zulassen. Geradezu beschämend für das gesamte Deutschland ist es, wenn gegenwärtig die Unterstützung der Wiederwahl des allseits verehrten Reichspräsidenten von mehreren Seiten abhängig gemacht wird von der Erfüllung kleiner erbärmlicher Parteiforderungen. Deutlicher kann „die Partei über das Vaterland und das Gesamtwohl“ nicht zum Ausdruck gebracht werden, wie es hier geschieht.

Ein altes Sprichwort sagt: Es führen viele Wege nach Rom. Aber einen anderen Weg als den, den die bisherigen verschiedenen deutschen Regierungen gegangen sind, um die Fesseln des Versailler Diktates zu sprengen, hat noch keiner der Gegner bisher gezeigt. In der Nachkriegszeit haben fast alle Parteien aus ihren Reihen zeitweise die Männer in der Regierung gestellt. Die Regierungen haben mehr wie erwünscht gewechselt. Aber alle muhten den langen, beschwerlichen Wege gehen, der allein zum Ziele führen kann. Keine neue Regierung, mag sie zusammengesetzt sein wie sie will, kann, wenn sie zum Ziele kommen will, von dem bisherigen Wege abweichen.

Die christlichen Gewerkschaften sind nicht parteipolitisch gebunden. Sie wahren ihre Freiheit nach allen Seiten. Sowohl nach rechts, nach links, wie auch nach der Seite der Mittelparteien. Lehnen daher parteipolitische Betätigung ab. Aber die sozialen Belange ihrer Mitglieder haben sie zu vertreten. Und dieses stellt ihnen auch im staatspolitischen Leben ihre Aufgabe.

Ohne Beseitigung der Tributlasten, ohne die Gleichberechtigung Deutschlands mit allen anderen Nationen kein sozialer und wirtschaftlicher Wiederaufstieg der deutschen Arbeitnehmer. Alles, was geeignet ist, die Stellung der deutschen Regierung in der Verfolgung dieses Zieles zu erschweren, richtet sich direkt gegen die ureigensten Belange der Arbeitnehmer. Hiergegen Front zu machen ist ihre Verpflichtung. Dieses um so mehr, da die extremen Kreise rechts und links fast ohne Ausnahme auch die soziale Reaktion verkörpern, die nicht gewillt sind, in einem neuen freien Deutschland der Arbeiterschaft Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Ohne dem aber würde kein Heimatgefühl, kein Geborgenheitsgefühl bei den Arbeitnehmern aufkommen können.

Mit Recht wehren sich daher Arbeiterschaft und Gewerkschaften gegen Experimente, dessen Anfang, nicht aber dessen Ende man sehen kann. Sie wehren sich gegen alle Versuche von links und rechts, die Gewerkschaften auszuhöhlen, durch Bildung von Betriebszellen in den Betrieben sie zu macht- und willenlosen Gebilden zu machen. Mögen diese Bestrebungen noch so sehr unter dem Deckmantel des echten nationalen Vol-

lens segeln. Mag die Larntappe noch so tief über das Gesicht gezogen sein, die soziale Reaktion ist von der deutschen Arbeiterschaft erkannt.

Deshalb lehnt sie auch geschloffen die Unterstützung jener Bestrebungen ab, die nur deshalb, vielleicht im schwierigsten und wichtigsten Augenblicke im Kampf um die nationale Freiheit, die Regierung stürzen will, weil sie dem innenpolitischen und wirtschaftlichen Machtsstreben eines Herrenmenschtum nicht zu Willen sein kann.

Tariffbewegungen

Der neue Lohnarif mit der Stadt Saarbrücken.

Die Stadtverwaltung hatte den Lohnarif zum 17. 2. 1932 mit dem Ziel gekündigt, die Löhne der Gemeindearbeiter an die der Staatsarbeiter im Saargebiet anzugleichen. An und für sich wäre dagegen nichts einzuwenden gewesen, sofern der Effektlohn der hiesigen Staatsarbeiter in Frage gekommen wäre. Die Stadtverwaltung verlangte jedoch nur Einführung der reinen Tariflöhne, während sie das Zulageystem der Staatsarbeiter nicht anerkennen wollte. Dadurch wäre nun ein Lohnverlust für die städtischen Arbeiter von 16—19 Prozent in Erscheinung getreten. Weiterhin verlangte die Stadtverwaltung die Einführung von 6 Lohngruppen nach dem Muster des Rheinischen Arbeitgeberverbandes mit der Relation 100 Prozent für die Handwerker, 90 Prozent für die Lohngruppe II, 85 Prozent für die Lohngruppe III, 80 Prozent für die Lohngruppe IV und 60 Prozent für die Lohngruppe V. Das bisherige Verhältnis war 100, 92,7 87,6, 83,4 und 60 Prozent.

Wohl gedachte die Stadtverwaltung die 5 Lohngruppen des Rheinischen Arbeitgeberverbandes, nicht aber die dort bestehende Relation der einzelnen Gruppen einzuführen. So wollte man eben von jedem Tarif und von jedem Lohngebiet das für die Arbeiter ungünstigere einführen. Dieses Ansinnen lehnten wir mit aller Entschiedenheit ab und verlangten Beibehaltung des bisherigen Systems.

Vor Beginn der Hauptverhandlungen mußten wir noch die Stadtverwaltung auf ihre unklugen Maßnahmen gegen die Arbeiter hinweisen, weil sie es für notwendig gehalten hatte, jedem einzelnen Arbeiter den Arbeitsvertrag zu kündigen. Wir betrachteten diese Maßnahmen als einen Druck auf die Gewerkschaften, um sie den Forderungen der Stadtverwaltung gefügiger zu machen. Die Stadtverwaltung erkannte jedoch bald, daß sie sich darin getäuscht hatte und mußte die Erklärung abgeben, daß auch im Falle einer Nichteinigung bis zum 17. 2. 1932 die Arbeiter trotzdem darüber hinaus nach dem alten Verhältnis weiterbeschäftigt werden sollten.

Im allgemeinen wurden die Verhandlungen, es fanden vier offizielle Verhandlungen und zwei Sonderbesprechungen statt, auf beiden Seiten mit leitender Hartnäckigkeit geführt und drohten oft zu scheitern. Es kam jedoch eine Einigung zustande. Hervorzuheben ist allerdings, daß keine der Verhandlungsparteien sich mit der Erledigung des Lohnstreites durch den Schlichtungsausschuß befremden konnte.

Die Stadtverwaltung befürchtete, daß bei einem ungünstigen Spruch für die Arbeiter derselbe von den Gewerkschaften abgelehnt würde und daß dann Komplikationen unvermeidlich seien.

Der ab 1. März 1932 gültige Lohnarif stellt die fünf Lohngruppen des rheinischen Tarifs vor. Die neuen Löhne sind folgende:

	pro Stunde
Handwerker	100% 5,12 Frs.
Angelernte mit verantwortlicher Dienstleistung	91% 4,66 "
Ungelernte und Ungelernte mit verantwortlicher Dienstleistung	86% 4,40 "
Angelernte	81% 4,15 "
Arbeiterinnen für leichte Arbeiten	60% 3,07 "

Die Lohnkürzung gegenüber dem 20. Februar darf nicht mehr als 10 Prozent betragen. Für Neueintretende gilt diese Vergünstigung nicht.

Das Hausstandsgeld beträgt 0,25 Frs. und das Kindergeld 0,15 Frs. pro Stunde.

Auf jeden Fall hat der Ausgang der Verhandlungen gezeigt, daß die Gewerkschaften doch noch Kraft genug haben, übertriebene Lohnabbauforderungen abzuwehren.

Es wäre nur zu wünschen, daß dieses von allen städtischen Arbeitern anerkannt würde. Leider ist dieses nicht der Fall. Für unsere Mitglieder ist es nun Aufgabe, unermüdet zu agitieren und die Unorganisierten aufzurütteln und unserer Organisation zuzuführen, denn dieses ist nicht der letzte Kampf gewesen. Die Anzeichen deuten darauf hin.

Lohnstreit staatlicher Postarbeiter, Danzig

Nach mehrfachen ergebnislosen Verhandlungen konnte in der Verhandlung am 16. Februar endlich eine Verständigung über

die Höhe der neuen Stunden- und Affordlöhne erzielt werden. Die Stundenlöhne betragen ab 1. 4. 1932:

für verheiratete Postarbeiter	70 P
„ unverheiratete Postarbeiter	62 P
„ Arbeiter von 16 bis 18 Jahren	46 P
„ Arbeiter von 14 bis 16 Jahren	33 P
„ Arbeiterinnen über 18 Jahren	44 P
„ Arbeiterinnen von 16 bis 18 Jahren	35 P
„ Arbeiterinnen unter 16 Jahren	31 P

Die bisherigen Affordlöhne wurden, mit Ausnahme der Post, 20 bis 22 der Dauerlohnordnung, um 12 Prozent gekürzt. Die Sozialzulagen betragen für die Frau 3 P, für jedes Kind 4 P pro Std.

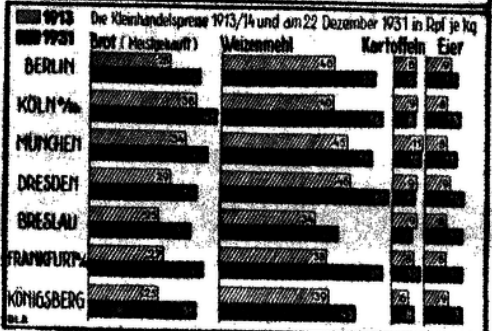
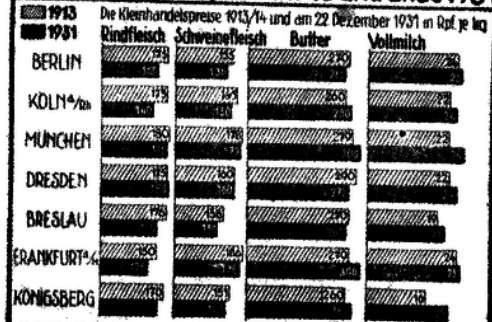
Die vorstehende Lohnregelung gilt zunächst bis zum 30. September 1932 und verlängert sich dann jeweils um 3 Monate mit einmonatiger Kündigungsfrist.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Ein Erfolg der Gewerkschaften.

Es war eine große Ungerechtigkeit, daß auch die Kurzarbeiter den vollen Betrag der Bürgersteuer zu entrichten hatten. Da heute die Gemeinden mit jedem Pfennig Einnahmen rechnen, hat es erheblicher Anstrengungen seitens der Gewerkschaften bedurft, Erleichterungen für die Kurzarbeiter durchzusetzen. Schließlich konnte Finanzminister Dietrich ihren zwingenden

Die Kleinhandelspreise 1913 und Ende 1931



Die Lebenshaltungsberechnung berechnet die Kosten für Lebenshaltung im Verhältnis zu den Kosten in den beiden letzten Vorkriegsjahren. Für Anfang Januar sagt diese Zahl aus, daß man in einem normalen Arbeiterhaushalt 130 RM ausgeben mußte, wenn man im Jahre 1913 für die gleiche Familie 100.— RM ausgab. Dabei zeigt sich, daß die Wohnung sowie die übrigen Ausgaben mit Ausnahme der Bekleidungs Ausgaben noch wesentlich höher liegen, während die Ernährungs Kosten im Durchschnitt der Lebenshaltungsziffer auf 119,9 angekommen sind, also nur noch um 1/5 höher sind als in der Vorkriegszeit. Auf dem Schaubilde sind nun die wichtigsten Lebensmittelpreise für einige Großstädte im Verhältnis zum letzten Vorkriegsjahre gezeigt. Man sieht, daß Fleisch und Butter sowie Kartoffeln heute bereits etwas weniger kosten als in der Vorkriegszeit, während die Milch, das Brot und Weizenmehl, sowie die Eier in allen Großstädten noch 20—40 Prozent teurer sind als in den beiden letzten Vorkriegsjahren. Dabei muß man allerdings berücksichtigen, daß wir für die Vorkriegszeit Jahresdurchschnittspreise eingesetzt haben, während für 1931 die Preise vom 22. Dezember eingesetzt sind. Im Winter sind aber Eier, Butter und Milch immer etwas teurer als im Sommer, wodurch der Preisunterschied auf dem Bilde im Verhältnis zur Vorkriegszeit etwas höher wurde, als er in Wirklichkeit ist.

Vorstellungen nicht mehr ausweichen und hat verfügt, daß vom 24. Februar ab alle Arbeitnehmer, deren Einkommen unter die Freigrenze bei der Lohnsteuer (1200 Mark jährlich, zuzüglich steuerfreier Familienzuschläge) gesunken ist, nur den halben Satz der Bürgersteuer zu zahlen haben, auch wenn sie nach der Steuerkarte noch den vollen Satz zu entrichten hätten. Praktisch ist durch diese Regelung erreicht worden, daß die Bürgersteuer für die kurzarbeitenden Arbeitnehmer gerechter gehandhabt wird als es bisher der Fall war.

In vielen Gemeinden haben Kurzarbeiter ein geringeres Einkommen als die Wohlfahrtsempfänger. Während die Wohlfahrtsempfänger von der Bürgersteuer befreit sind, müssen die Kurzarbeiter nach der neuen Regelung noch die Hälfte des niedrigen Satzes der Bürgersteuer bezahlen. Einzelne Gemeinden im Rheinland und in Sachsen sind bereits dazu übergegangen, aus Billigkeitsgründen diesen Kurzarbeitern, deren Einkommen unter den Sätzen der Wohlfahrtspflege liegt, die Bürgersteuer zurückzuerstatten. Der Reichsfinanzminister versprach, in dieser Frage mit dem Städtetag zu verhandeln, um die Gemeinden zu veranlassen, daß sie generell ebenso verfahren. Das würde also bedeuten, daß alle Arbeitnehmer, die weniger verdienen als die Wohlfahrtsunterstützung ausmacht, von der Bürgersteuer befreit werden.

Wichtige Anschriftenänderung.

Im Interesse unserer Leser teilen wir mit, daß unser Deutscher Versicherungskonzern, dem die Deutsche Lebensversicherung Gemeinnützige Aktien-Gesellschaft und die Deutsche Feuerversicherung Aktien-Gesellschaft angeschlossen sind, vor kurzem sein neues Verwaltungsgebäude in Berlin-Wilmersdorf 1, Hohenzollerndamm 174-177, bezogen hat. Es empfiehlt sich, diese Anschrift genau vorzumerken.

Bei dem neuen Verwaltungsgebäude unseres Deutschen Versicherungskonzerns handelt es sich nicht um einen der heute vielfach angefeindeten unzeitgemäßen Luxusbauten, sondern um einen dringend notwendig gewordenen würdigen Zweckbau, der für die unserer Gesamtbewegung und damit auch unserem Verbandsbesonders nahestehenden Gesellschaften endlich gut und ausreichend Unterkunft bietet.

Wir benutzen diese Gelegenheit, unsern Mitgliedern erneut in Erinnerung zu bringen, daß sie sich beim Abschluß von Versicherungen (Lebens-, Sterbegeld-, Töchter-, Aussteuer-, Feuer-, Einbruchdiebstahl-, Unfall-, Haftpflicht-Versicherungen) nur mit unserm Deutschen Versicherungskonzern in Verbindung setzen möchten.

Senkung der öffentlichen Tarife.

Vom Büro des Reichskommissars für die Preisüberwachung wird jetzt ein Gesamtüberblick über die bisherigen Senkungen der kommunalen Tarife gegeben. Auf dem Gebiete des Lehrwesens haben bisher 67 Unternehmungen ihre Tarife gesenkt, das ist der überwiegende Teil aller kommunalen Lehrunternehmungen. Über ein Drittel davon haben Senkungen von mehr als 10, teilweise 20 und 25 bis zu 33% v. H. vorgenommen. Der größte Teil hat die Tarife von 7 bis 10 v. H. gesenkt und nur bei einem kleinen Rest betragen die Tarifermäßigungen weniger als 7 v. H.

Die Elektrizitätstarife sind von rund 200 Werken um 5, von 285 Werken um 5 bis 7, von 60 Werken um 7 bis 10, und von 75 Werken um mehr als 10 v. H. gesenkt worden. Bei 35 Elektrizitätswerken steht eine Entscheidung noch aus. Bei rund 160 Werken, die keine Nachprüfung vorgenommen haben, hat sich der Reichskommissar eine Nachprüfung vorbehalten.

Auf dem Gebiete der Gasversorgung haben 235 Werke die Tarife um 5, 70 Werke um 5 bis 7, 215 Werke die Tarife um 7 bis 10 v. H. ermäßigt. Eine Ermäßigung über 10 v. H. haben 40 Werke vorgenommen. 35 Werke haben noch keine Entscheidung getroffen. Bei 185 Werken wird eine Nachprüfung durch den Reichskommissar erfolgen.

Aus unserer Rechtsschutzmappe

Krankengeldzuschuß (Krankenlohn).

Um die Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe in größerem Maße gegen Schicksalsschläge zu schützen, haben deren Verbände im § 14 R.V. G. VIII und in den Reichs- und Staatsarbeitertarifverträgen, sowie in den Verträgen mit den Lehrunternehmungen festgelegt, daß während Krankheit der Lohn ganz oder zum Teil weiterzuzahlen ist unter Abzug der Versicherungsleistungen. Bei den Gemeindearbeitern und Straßenbahnern hieß diese Leistung des Arbeitgebers „Krankenlohn“. Durch Rechtsverordnung wurde später bestimmt, daß überall dort, wo der Arbeitgeber verpflichtet ist, während der Krankheit des Arbeitnehmers das Arbeitsentgelt weiter zu zahlen, die Krankenkassen davon entbunden sind, Krankengeld zu zahlen. Welsch sind deswegen Streitigkeiten entstanden, indem sich Krankenkassen weigerten, Krankengeld zu zahlen, da der Arbeitgeber laut

Tarifvertrag verpflichtet war, dem Arbeiter einen bestimmten Teil seines Lohnes während der Krankheit weiterzuzahlen, unabhängig davon, wie hoch das Krankengeld war. Dieser Streit wurde bald erledigt, indem die Tarifparteien durch einen entsprechenden Zusatz im Tarifvertrag den Krankenlohn deutlich als Zuschuß bezeichneten.

Von großem Interesse ist aber eine Entscheidung des Reichsversicherungsamtes vom 4. November 1931, die einen Fall behandelt, der vor Aufnahme dieses Zusatzes in den Tarifvertrag entstanden ist. Das Reichsversicherungsamt führt aus, daß leicht Meinungsverschiedenheiten darüber entstehen können, ob in diesem Falle Arbeitsentgelt im Sinne der Reichsversicherungsordnung anzunehmen ist. Die Bezeichnung „Krankenlohn“ führt leicht irre, und weiterhin spricht die Bestimmung, daß die Dauer des Krankenlohnes sich nach der zurückgelegten Dienstzeit richtet, stark dafür, daß hier Arbeitsentgelt im Sinne der R.V. in Frage kommen könne. Diese Meinung ist aber falsch. Voraussetzung für Gewährung des Arbeitsentgeltes nach § 14 R.V. G. VIII ist die Barleistung aus der Sozialversicherung, außerdem ist der Krankenlohn auch noch niedriger als der volle Nettolohn. Das während der Zeit der Arbeitsunfähigkeit gezahlte Arbeitsentgelt ist deshalb als Zuschuß zum Kranken- oder Hausgeld anzusehen.

Bezirks- und Ortsgruppenberichte

Magdeburg. Bevor wir in die Tagesordnung unserer Generalversammlung am 31. Januar eintraten, eilten wir die vertorbenen Kollegen des letzten Jahres. Kollege Sauer gab den Tätigkeitsbericht. Neben Betriebsversammlungen fanden 8 Monats-, eine außerordentliche Mitglieder- und eine Protestversammlung statt. Der Vorstand hielt 12 Sitzungen ab. Bei Abwesenheit des Sekretärs vertrat der Vorsitzende den Bürodienst, damit die Kollegen immer Auskunft erhalten konnten. Kollege Eberwein schilderte in seinem Rückblick auf das vergangene Jahr die Misserfolge, die den größten Teil der Bauarbeiter z. B. selbst im Sommer keine Arbeit finden ließ. Die Gats des Reiches, der Länder und Gemeinden wurden durch diese Entwicklung über den Haufen geworfen. Während wir 1930 noch einen Lohnabbau verhindern konnten, wo er sich in der Privatindustrie schon stark bemerkbar machte, setzte derselbe 1931 mit voller Wucht ein und wurde zum großen Teil durch Notverordnungen diktiert. Durch Einführung der Lohnschutzklausel bei Kurzarbeit verstanden es aber die Gewerkschaften die größten Härten zu mildern, wie sie auch die vollständige Angleichung der Gemeindearbeiter an die Reichsarbeiter verhinderten und trotzdem den Wegfall der Krisenlohnsteuer erreichten. Den Reichsarbeitern brachte die Lohnsenkung darüber hinaus noch den Wegfall der 2 Stunden, die über die 48stündige Arbeitszeit hinaus bezahlt wurden. Bei den Staatsarbeitern war der Lohnabbau infolge der neuen Ortsgruppenenteilung sehr verschieden. Von 64 Reichsschutzfällen wurden 40 mit vollem, und 9 mit teilweisem Erfolg erledigt, wodurch die Kollegen 5730,08 Mark erhielten. Der Kassenbericht des Kollegen Schüg war erfreulich. Die Ortsgruppe zählt 20 Mitglieder mehr als im vorhergehenden Jahr, und konnten 151 Markten mehr verkauft werden. An Unterstütungen wurden bei Krankheit 1563, bei Erwerbslosigkeit 191,95, und bei Todesfällen 503,25 Mark ausgezahlt. Kollege Sauer ist wieder Vorsitzender, Kollege Eberwein Kassierer und Kollege Ottenberger Schriftführer.

Schaffenburg. Unsere Generalversammlung am 31. Januar zeigte, daß im verflochtenen Jahre rege Arbeit geleistet wurde. Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Schmid Josef, Kassierer Amrhein Johann, Schriftführer Wenzel Anton. Kollege Berschert-Münchberg dankte dem bisherigen Vorsitzenden, Kollegen Steigerwald, der zwölf Jahre lang die Ortsgruppe geleitet hat, für seine Mithaltung und wünschte dem neuen Vorstand erfolgreiches Schaffen. Im anschließenden Referat behandelte der Redner die 4. Notverordnung und besonders deren Bestimmungen für die Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe. Beim Preisabbau werden wir alle energisch mitarbeiten müssen, besonders gilt dies für die Hausfrauen. Eingehend erläuterte er dann noch die Bestimmungen der Invalidenversicherung. Starker Beifall und eine rege Aussprache zeigten, daß der Vortrag großes Interesse gefunden hatte.

Breslau. Am 30. Januar 32 hielt die Gruppe Straßenbahn ihre diesjährige Generalversammlung ab, welche gut besucht war. Kollege Buchner gab einen Bericht über den Verlauf des vergangenen Jahres, insbesondere streifte er die lohnpolitischen Verhältnisse. Das Einkommen der Straßenbahnbediensteten ist insgesamt um 36 bis 38 Prozent gesunken. Die im Juni 1931 erhaltene Lohnschutzklausel wurde im Monat Januar 1932 durch einen Spruch des Zentralausschusses in der bisherigen Form aufgehoben. Es war aber nicht nur Unzufriedenheit zu berichten, sondern aus dem Geschäftsbericht war zu ersehen, daß auch viel Gutes und Ersprießliches im Interesse der Kollegenschaft getan worden ist. Insbesondere ist dabei die Rechtschutzfähigkeit des Verbandes hervorzuheben. Es waren nicht weniger als insgesamt 1088 Fälle, in denen Kollegen den Verbandsvertreter beanspruchten. 1149 Auskünfte wurden erteilt, 428 Schriftsätze angefertigt und 82 Termine wahrgenommen. Größtenteils haben die Straßenbahner die Rechtschutzfähigkeit des Verbandes in Anspruch genommen. Nicht weniger als 21.504,87 RM wurde durch diese Tätigkeit für die Kollegen als Barerfolg gewonnen. In 11 Fällen wurde durch den Verband Rechtsbeistand gewährt, dabei sind 8 Kollegen freigesprochen und die anderen verurteilt worden. Ausgesprochene Kündigungen oder Zurückversetzungen in ein anderes Arbeitsverhältnis konnten durch den Verband wiederholt zurückgewiesen werden. So wurde unter anderem für den Kollegen S. nach administrativem Aussehen die WiederEinstellung erlangt und außerdem auch die ordnungsgemäße Nachzahlung des entgangenen Lohnes. Kollege Buchner wies darauf hin, daß die Kündigung des R.V. aus-

gesprochen worden ist und daß nun der Kampf um den Tarifvertrag einsetzen würde. Er forderte die Kollegen auf, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln sich einzusetzen, damit das Begehren der Arbeitgeber nach Verschlechterungen zurückgewiesen wird. Der Kassenbericht wird in der Ende des Monats Februar stattfindenden Generalversammlung der Ortsverwaltung Breslau gegeben werden.

Die Ausführungen wurden mit Beifall entgegengenommen und fanden Zustimmung. Die Kollegen bedauerten die gewaltigen Lohnabzüge und wiesen darauf hin, daß nur größter Zusammenhalt die Lage des Straßenbahnners bessern kann. Anschließend wurde Kollege Weber als 1. Vorsitzender wiedergewählt.

Unter Punkt Verschiedenes beschäftigte sich die Versammlung mit der Fahrpreiserhöhung. Kollege Buchner als Stadtverordneter wurde gebeten, alles daranzusetzen, daß nicht zu viel Fahrcheinsorten eingeführt werden und daß andererseits der einzelne Fahrchein herabzusetzen sei. Die Versammlung hielt es für angebracht und zweckmäßig, daß der Fahrpreis für einen Fahrchein ohne Umsteigen 15 Pfg. und mit Umsteigen 20 Pfg. betragen sollte.

Braunsberg. Anlässlich der Generalversammlung am 8. Februar gedachte die Versammlung zunächst des verstorbenen Kollegen Reink. Neben 11 Monats- und einer außerordentlichen Versammlung haben wir als besonderes Ereignis für unsere Ortsgruppe die Abhaltung der Bezirkstagung in Braunsberg zu verzeichnen, an der auch unser Hauptkassierer Krumbé teilnahm. Dem Kassierer wurde für seine Arbeit Entlastung erteilt und der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt. Kollege Kuntzmann (Danzig) gab einen Rückblick über das letzte Jahr, er zeigte den Kampf der Gewerkschaften zur Milderung der Notverordnungen und wie wir fest ganz besonders am Preisabbau mitarbeiten müssen. Trotz Wirtschaftskrise dürfen wir uns keinem trostlosen Pessimismus hingeben, sondern müssen mit frohem Glauben an einer Herstellung besserer Verhältnisse mitarbeiten. Kollege Hamann (Königsberg) unterstrich die Worte des Redners noch durch einige Ausführungen und konnte die Versammlung geschloffen werden mit dem festen Willen für unsere Organisation zu arbeiten, da nur diese uns schützen kann.

Schöft. Bei der Generalversammlung am 7. Februar konnte der Kollege Degeiling berichten, daß trotz der schwierigen Verhältnisse wir noch 68 Mitglieder in unseren Reihen zählen. Durch die Wahl wurde Kollege Knuf als Vorsitzender, Dunch als Kassierer und Weilmann als Schriftführer bestimmt. Kollege Gierard (Münster) sprach dann über die Notverordnungen und ihre Auswirkungen. Jetzt gilt es den teilweise erfolgten Preisabbau tatkräftig zu unterstützen und besonders unsere Konsumvereine, die hierbei führend sind. Die Kollegen folgten mit Interesse diesen Ausführungen und traten dafür ein, die Organisation gut und schlagkräftig zu erhalten, besonders müssen wir auf die Wählerarbeit von rechts und links achten.

Danzig. Im Freistaat Danzig gehts vorwärts, das zeigte der Jahresbericht des Kollegen Hoffmann bei der Generalversammlung am 28. Januar. Leicht war die Arbeit nicht im verfloffenen Jahr. Schon das Ermächtigungsgesetz im Januar 1931 brachte erhebliche Einschränkungen, die sich im Arbeitshaushalt auswirkten. Im Februar setzten die Verhandlungen wegen Einführung der 40-Stundenwoche ein, sie scheiterten aber, da die sozialistischen Gewerkschaften in der Praxis was anderes haben wollten als in der Theorie und für unsere positiven Vorschläge kein großes Interesse hatten. Ab 1. April 1931 wurde die Festbeldatensteuer eingeführt, welche die Staats- und Gemeindearbeiter als einzige Arbeitergruppe traf. Dank den Bemühungen unseres Verbandes, der sich besonders tatkräftig dafür einsetzte, konnten die Arbeiter ganz davon befreit werden.

Eifrige Arbeit der Vertrauensleute brachte 38 Neuaufnahmen und 63 Uebertritte aus anderen Organisationen, durch Tod haben wir 8 Kollegen verloren. Neben 96 Mitglieder- und 27 Betriebsversammlungen fanden noch eine erhebliche Zahl Vorstand- und Vertrauensleuteversammlungen statt. Trotz Arbeitslosigkeit hatte die Kasse höhere Einnahmen zu verzeichnen, das gleiche auch bei den Ausgaben, 6000 Gulden wurden für Unterstützungen ausgezahlt, ohne die besonderen Leistungen bei Sterbefällen.

Die Unterrichtskurse, die in den Wintermonaten wöchentlich stattfanden, begegneten einem lebhaften Interesse. Zwei Kollegen nahmen an Kursen in Königswinter und Spandau teil. Bei den Wahlen zu den Betriebsvertretungen konnten wir nicht nur mehr Stimmen, sondern auch mehr Sitze erreichen. Verschiedene Kollegen halfen auch mit bei Erledigung des umfangreichen Postverkehrs, der 1343 Eingänge und 5554 Ausgänge verzeichnet. — Einmütigkeit zeigten auch die folgenden Vorstandswahlen.

Kollege Kuntzmann hielt zum Schluß noch einen Vortrag über den Kampf der Arbeiterschaft in der Gegenwart. Er zeigte die Not der Arbeitnehmer infolge Einkommensminderungen und Arbeitslosigkeit auf, es ist aber verfehlt, sich den überrasklichen Gruppen zuzuwenden; denen daß und Leid können nicht das Elend überwinden. Einigkeit kann nur der Arbeiterschaft helfen. Trotz Lohnkürzungen hat die Arbeiterschaft viel zu verlieren, es geht um den sozialen Inhalt unserer Tarifverträge und unsere Stellung im gesamten Gesellschafts- und Wirtschaftsleben. Für die christlich-national gesinnten Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe ist dies einzig und allein unsere parteipolitisch und konfessionell neutrale Organisation.

Dillingen. In der am 14. Februar stattgefundenen Generalversammlung konnte der Vorsitzende alle Kollegen der Ortsgruppe begrüßen. Der ausführliche Geschäftsbericht des Kollegen M o s e r fand allgemeinen Beifall. Die Versammlungen wiesen immer einen vollständigen Besuch auf, die Mitgliederzahl umfaßt alle am Orte vorhandenen Gemeindearbeiter. Die Arbeitslosigkeit erforderte einige Opfer. Die Kassenführung des Kollegen D u n z war von den Revisoren geprüft und ein Lokalassenbestand von etwa 70 Mark festgestellt worden. Kollege S a u e r m a n n (München) dankte der Vorstandschaft für ihre Mithilfe im abgelaufenen Jahre und begrüßte die Wiederwahl der gesamten Vorstandschaft als Zeichen

eines guten Verhältnisses zwischen Vorstandschaft und Mitgliedern. An das Referat des Kollegen Sauer mann über „Die Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe an der Jahreswende“ schloß sich eine ausgiebige Diskussion, besonders über die Versorgungsverhältnisse, an.

Düsseldorf. Die Ortsgruppe hielt am 5. Februar 1932 ihre diesjährige Generalversammlung ab. Da in den einzelnen Sektionsgeneralversammlungen bereits die Jahresübersicht in wirtschafts- und lohnpolitischer Hinsicht gegeben wurde, blieb für die gemeinsame Generalversammlung der Ortsgruppe nur der Kassenbericht und der Bericht über die Tätigkeit des Sekretariats zu erlassen. Aus dem Kassenbericht ist zu entnehmen, daß die Ortsgruppe Düsseldorf im verfloffenen Jahre 80 000 Verbandsmarken umgesetzt hat. Dieses bedeutet pro Mitglied und Quartal 12,21 Beiträge. Die Gesamteinnahmen betragen 63 163,74 Mark. Trotz der für die Gewerkschaftsbewegung ungünstigen Situation ist es doch möglich gewesen, 180 Neuaufnahmen und Uebertritte zu gewinnen. Leider stehen diesem Zugang aus Verluste gegenüber, ganz besonders durch Abbau und vorzeitiger Pensionierungen, so daß der Mitgliederbestand insgesamt sich nicht erhöht hat.

Aus der Rechtschughätigkeit ist hervorzuheben, die außerordentlich hohe Zahl der Rechtsauskünfte und angefertigte Schriftsätze. Der erzielte Barerfolg für die Mitglieder, soweit er feststellbar ist, beträgt 11 284,70 Mark. Wie rege der sonstige Betrieb auf dem Verbandsbüro ist, kann daraus entnommen werden, daß annähernd 4000 Telefongespräche im Berichtsjahr geführt wurden.

Bei der Vorstandswahl wurden die von den einzelnen Gruppen vorgeschlagenen Kandidaten einstimmig gewählt. Bei der Wahl des Vorsitzenden, die durch Stimmzettel vorgehen wurde, erhielt der Kollege Peter Müller, Gruppe G. W. E. Werte die meisten Stimmen, als 2. Vorsitzender wurde Kollege Hans Eis, Gruppe Straßenbahnner, gewählt.

Unser Zentralvorsitzender, Kollege Dedenbach, hielt uns einen zeitgemäßen Vortrag über „Die Ursachen der allgemeinen Wirtschaftskrise“. Seine Ausführungen, die von der starkbesuchten Versammlung mit Interesse verfolgt wurden, hatten zur Grundlage die allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, wie sie nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt zu verzeichnen sind. In sehr klarer und verständlicher Weise ist es dem Kollegen Dedenbach gelungen, der Versammlung die Ursachen aufzuzeigen, unter der die deutsche Wirtschaft und das deutsche Volk insgesamt zu leiden haben. Er wies auch auf die unglückselige politische Zersplitterung in Deutschland hin und hob hervor, daß gerade mit Rücksicht hierauf, der christlichen Gewerkschaftsbewegung eine besondere Mission zufällt. Wir haben bewiesen, daß es möglich ist, Menschen, die obdorn in Konfession und Partei getrennt, doch in der gemeinsamen großen Idee zur Zusammenarbeit zu verbinden. Die im Vortrag angeführten Zahlen, besonders die Arbeitslosenziffer, die in Deutschland ein Viertel der Arbeitslosen der gesamten Weltwirtschaft beträgt, haben auf die Versammlung einen starken Eindruck gemacht. Besonders zustimmend wurde die Ausführung angenommen, daß es gerade in der jetzigen Zeit notwendig ist, starke Gewerkschaften zu erhalten. Nach Schluß des Vortrages erwies der starke Beifall der Versammlung, daß die Mitglieder mit der Verbandsleitung einig sind und wir wollen uns auch in Düsseldorf mit allen Kräften dafür einsetzen, daß diese Einigkeit auch in Zukunft erhalten bleibt.

Essen. Bei unserer Generalversammlung erstattete Kollege Höhn den Geschäftsbericht nach dem die Mitgliederzahl trotz der allgemeinen Wirtschaftskrise stabil geblieben ist. Die Einnahmen sind im Vergleich zum Vorjahr etwas zurückgegangen, was durch die feten Lohnkürzungen und den damit verbundenen Senkungen der Beiträge bedingt ist. Die Ausgaben sind infolge der Unterstützungen gegen früher wesentlich gestiegen. Ein Beweis dafür, daß auch in den öffentlichen Betrieben die Wirtschaftskrise merkbar zu spüren ist. Die Rechtschughätigkeit nimmt immer größeren Umfang an. Neben rein arbeitsrechtlichen Fragen sind es auch oft Privatangelegenheiten, die von dem Gewerkschaftsamt vertreten werden müssen. Versammlungen, Sitzungen und Konferenzen nehmen einen großen Teil der verfügbaren Zeit in Anspruch.

Im Berichtsjahr mußten mehrere Lohnbewegungen geführt werden. Bemerkenswert ist der Eingriff in den Tarifvertrag durch die 2. Notverordnung. Bei dieser Lohnbewegung kam die Bedeutung der Gewerkschaften fast zum Ausdruck. Daß der alte Tarifstand wieder hergestellt wurde, ist ein großer Verdienst derselben. Von besonderer Bedeutung waren die Betriebsratwahlen. Trotz starker Opposition der Gewerkschaftsgegner konnten sämtliche Mandate gehalten werden. Eine Notwendigkeit ist es, auch in diesem Jahre für die Stärkung der Gewerkschaften Sorge zu tragen. Noch ist das Schwerste nicht überwunden und die Zukunft düster. Für die Kämpfe der kommenden Zeit gerüstet zu sein, ist unsere Aufgabe, zu deren Erfüllung jeder Kollege beitragen muß.

Der Loten des letzten Jahres wurde durch Erhebung von den Eigen gedacht.

Auf die Ausführungen folgte eine rege Diskussion, die ihren Niederschlag in folgender Entschloßung fand:

„Die Gemeindearbeiter und Straßenbahnner sind sich des Ernstes der Lage bewußt. Sie erkennen die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, mit denen die Reichsregierung zu kämpfen hat, an. Aus der Erkenntnis, daß die Tributlasten Deutschland an den Rand des Abgrundes bringen, fordern sie mit allem Nachdruck Beseitigung derselben und erwarten von der Reichsregierung, daß sie geschlossen hinter dem ausgesprochenen „Nein“ des Reichstanzlers steht.“

Sie fordern internationale Abrüstung und Gleichberechtigung Deutschlands gegenüber den anderen Völkern. Aufgabe der Reichsregierung muß es sein diesen Standpunkt auch dem Ausland gegenüber einzunehmen.

Die Gärten der 4. Notverordnung sind auszugleichen. Besonders trifft dies auf die Sonderbehandlung der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe zu.

Gemeindearbeiter und Straßenbahnner treten geschlossen für die Wiederwahl des altbewährten Führers Sindenburg ein. Eine Wiederwahl ist notwendig, um die bestehende innere Zerrissenheit zu überbrücken.

Die Arbeitszeit in den Krankenanstalten muß unbedingt herabgesetzt werden. Urteile der letzten Zeit erhärten diese Forderung.

Die Gemeindegewerkschafter und Straßenbahner geloben, unentwegt zu kämpfen für Durchrückung dieser Forderungen und verlangen für das deutsche Volk Wahrheit, Freiheit und Recht!

Verbandsbezirk Frankfurt a. M. Nachdem die Generalversammlungen in den sämtlichen Ortsgruppen des Bezirks stattgefunden haben, kann zusammengefaßt gesagt werden, daß der Mitgliederbestand im wesentlichen erhalten geblieben ist, trotz der anerkannt schwierigen Umstände, die durch die Ereignisse des letzten Jahres über unsere Mitglieder hereingebrochen sind. Durchweg war die Stimmung in den Versammlungen eine gute. Die Ereignisse des vergangenen Jahres wurden meist richtig beurteilt. Diejenigen Mitglieder, die sich auch für die Dinge außerhalb ihres Arbeitsplatzes interessieren, kritisierten mit Recht die Vorgänge im deutschen Wirtschaftsleben, besonders die hervortretenden Punkte: Freitag, Laufen und andere. Mit großer Erbitterung wurde über die Verschwendung gerade in diesen Schichten geurteilt. Die Aussprache zeigte überall lebhaftes Interesse an den Vorgängen innerhalb und außerhalb kommunalbetrieblicher Betriebe. Auch da wurden von manchen Kollegen Beispiele angeführt, die eine besondere Beachtung verdienen. Im großen ganzen wurde festgestellt, daß unsere kommunalen Verwaltungen im Laufe der letzten Jahre in vielen Dingen recht großzügig waren und daß jetzt nachdem die bekanntesten Schwierigkeiten vorliegen, gerade diese Verwaltungen in erster Linie mit einer gewissen Kopfschüttelung sich in das Gegenteil von früher stürzen. Etwas mehr Ruhe und Ueberlegung wäre auch da vorteilhafter.

Mit besonderer Befriedigung kann festgestellt werden, daß fast in allen Ortsgruppen die alten Vorstandsmitglieder und sonstigen Funktionäre wieder gewählt worden sind. In den größeren Orten haben auch unsere Kollegen in den Kartellen gut mitgearbeitet, was von verschiedenen anwesenden Kartellvorsitzenden anerkannt wurde. Am schwersten wurde selbstverständlich empfunden, daß die Lohnsätze im vergangenen Jahre eine derartige Reduzierung erfahren haben, weshalb eine gewisse Erbitterung ohne weiteres zu verstehen ist.

In Frankfurt a. M. betrug der Wochenlohn des verheirateten Handwerkers am 31. 3. 1931 54,72 RM brutto, am 1. Januar 1932 38,70 RM, also minus 16,02 RM.

Für den Straßenbahnschaffner im 11. bis 15. Dienstjahr betrug der Monatslohn (221 Stunden) am 31. 3. 1931 247,63 RM brutto, am 1. 1. 1932 164,71 also minus 82,92 RM.

Im Tarifgebiet Hessen-Kassau betrug der Lohn des verheirateten Handwerkers in Ortsklasse A am 31. 3. 1931 49,92 RM, am 1. 1. 1932 37,92 RM also minus 12,— RM.

Diese Zahlen zeigen jedenfalls, daß die Lohnminderungen in Wirklichkeit schwer zu tragen sind. Die eingetretenen Erleichterungen durch Senkung der Lebenshaltungskosten wiegen bei weitem diese Kürzung nicht anhebend auf. Es ist tatsächlich schwer zu begreifen, daß derartige Einkommensminderungen bis jetzt noch so ruhig ertragen worden sind.

Unter diesen Umständen ist es manchmal zu verstehen, wenn Kollegen zu der Auffassung kommen, daß die Gewerkschaften heute überflüssig seien und daß keine Möglichkeit des Einwirkens mehr bestehe. Wenn man die harten Eingriffe der Notverordnungen betrachtet und bedenkt, daß die diktierten Lohnführungen von Leuten errechnet wurden, die von dem Arbeiterhaushalt und seinen Nöten keine Ahnung haben, kann starke Erbitterung ohne weiteres aufkommen. Auch dieses wurde in den Versammlungen wiederholt zum Ausdruck gebracht. Demgegenüber traten aber auch erfreulicherweise sehr viele Kollegen auf und erklärten rundweg, wenn wir heute die gewerkschaftliche Organisation fallen lassen, dann gibt es überhaupt kein Halten auf dem abschüssigen Wege mehr. Wir besorgen vielmehr dann die Geschäfte der reaktionären rückwärtsgehenden Arbeitgeber und werden dann soweit gebracht, daß uns im besten Falle gerade noch Luft zum Atmen gegönnt wird. Aber nicht mehr. Gerade in der gegenwärtigen Zeit müsse der Zusammenschluß erst recht gefordert werden, damit das Jahr 1932 uns nicht noch größere ungerechtere Belastungen bringt.

Freiburg (Baden). Unsere Generalversammlung am 14. Februar war gut besucht. Aus dem Geschäfts- und Kassenbericht ist zu ersehen, daß eine umfangreiche Arbeit im Laufe des vergangenen Jahres geleistet worden ist. Dies wurde auch von der Kollegenschaft anerkannt. Sein Wunder, daß im Hinblick auf die mühselige Arbeit des Ausschusses, derselbe unter Führung des Kollegen Bauerwasser einstimmig wiedergewählt wurde unter Zuzahl einiger jüngerer Kollegen. Die Mitgliederbewegung war etwas rückläufig, was zu erklären ist aus dem Mangel an gewerkschaftlicher Schulung, sowie auch aus Mangel an Opfergeist eines Teiles der fleißigen Arbeiterschaft. Wenn die Zeichen nicht trügen, wird der Tag kommen, wo auch dieser ausgerüttelt wird und zwangsläufig den Weg zur Gewerkschaftsbewegung findet. Eingehende Aussprache wurde gepflogen über die tarifpolitischen Besonderen des vergangenen Jahres, sowie die Preisabbaufrage. Bezirksleiter Fehder gab über die dringlichsten Fragen betrieblige Aufklärung. Der Verlauf der Generalversammlung ist Dinge dafür, daß Freiburg, die führende Ortsgruppe im Vaterlande, auch in Zukunft treu zum Verbands steht.

Münsterloh. Einigkeit und gute Kollegialität waren das Zeichen unserer Generalversammlung am 6. Februar. Infolgedessen waren die geschäftlichen Angelegenheiten bald erledigt. Kollege Geburki (Bielefeld) und unser Vorsitzender behandelten hierauf noch örtliche Angelegenheiten und schafften Aufklärung über die vielen Steuerarten, von denen heute die Arbeiter betroffen werden. Der Verband hat uns auch im vergangenen Jahr nach besten Kräften unterstützt, weshalb wir ihm auch weiterhin die Treue halten wollen.

Magdeburg. Bei der Generalversammlung am 5. Februar gab der Schriftführer Weiskamp den Jahresbericht. Der Tod hat uns zwei Mitglieder entzogen, durch Danksagung konnten wir aber drei neue Mitglieder gewinnen. Kollege Widt erhielt für seinen Kassenbericht Entlastung. Der

Vorstand setzt sich nach der Wahl folgendermaßen zusammen: Vorsitzender Diehmöller Emil, Kassierer Widt Paul, Schriftführer Weiskamp Wilhelm. Kollege Höhn (Essen) legte uns nochmals die Bestimmungen der Jubilar-Klasse des Verbandes klar, die mit Beginn dieses Jahres die ersten Renten ausbezahlt. Örtliche Angelegenheiten bildeten den Schluß der Versammlung.

Grafenwöhr. Von einer Vorwärtswendung, trotz aller Schwierigkeiten, konnten unser Vorsitzender und der Kassierer in der Generalversammlung am 24. Januar berichten. 120 Mitglieder zählen wir jetzt in unseren Reihen. Auf Wunsch unseres althergebrachten Vorsitzenden Dachauer wurde eine jüngere Kraft an seine Stelle gewählt, und zwar Kollege Diehl. Kollege Käumler wurde wieder Kassierer und Kopfer Schriftführer. Kollege Wittke (Münster) hob zunächst die Verdienste des bisherigen Vorsitzenden um die Ortsgruppe hervor und hielt dann sein Referat „Rückblick und Ausblick“, wobei er trefflich die Höhe, aber auch Erfolge im Abwehrkampf des letzten Jahres schilderte. Herr Stadtpfarrer Rattum gab seiner Freude darüber Ausdruck hier eine so kräftige Zahlstelle der christlichen Gewerkschaften zu finden und ermahnte die Mitglieder, dem christlichen Gedanken treu zu bleiben und den letzten Mann in unsere Reihen zu bringen. Kollege Diehl unterstrich bei seinen Dankworten an die Redner nachdrücklich die Ausführungen derselben und forderte die Kollegen auf, zielbewußt und positiv in unserer Bewegung mitzuarbeiten.

Hülse. Zu unserer diesjährigen ordentlichen Generalversammlung waren alle dienstfreien Mitglieder sowie die Kollegen aus St. Hubert erschienen. Aus dem Geschäftsbericht des Vorsitzenden, Kollegen Engelskirchen, war zu entnehmen, daß die Ortsgruppe trotz der Krisenzeit ihre alte Stabilität bewahrt hat. Daß die Notwendigkeit der Gewerkschaft gerade in der Jetztzeit von den Kollegen richtig erkannt wird beweist am besten, daß alle Gemeindegewerkschafter Mitglied unseres Verbandes sind. Auch der Kassenbericht des Kollegen Hofer war zufriedenstellend. Daß die Leitung der Ortsgruppe bisher in den besten Händen lag, ging aus der einstimmigen Wiederwahl des langjährigen 1. Vorsitzenden, der in diesem Jahre auf eine 25jährige Verbandzugehörigkeit zurückblicken kann, und des Kollegen Hofer als Kassierer hervor. Zum Schriftführer wurde Kollege Ihenberg gewählt.

Kollege Janßen streifte in kurzen Worten die Ergebnisse des letzten Jahres. Schwere Opfer seien den Arbeitnehmern der öffentlichen Betriebe in dem letzten Jahre auferlegt worden, die jedoch durch die unermüdete Arbeit unserer Verbandsleitung in mancher Hinsicht gemildert wurden. Auch das Jahr 1932 werde die Anspannung aller Kräfte verlangen. Es sei daher an der Zeit, daß die Arbeiterschaft das Einsehen gewinne, daß nicht Haß und Zersplitterung in Verfolg politischer Tendenzen dem Wohle der Arbeiterschaft dienlich sei, sondern nur der feste gewerkschaftliche Zusammenschluß Erfolge zeitigen könne. Nach reger Aussprache konnte der Vorsitzende die wohlverlaufene Versammlung schließen.

Jungstadt. (Gemeindegewerkschafter.) Unsere Generalversammlung war sehr gut besucht. Der Kollege Bielek erstattete den Geschäftsbericht über die im letzten Jahre geleistete Arbeit. Dieser, wie auch der Kassenbericht des Kollegen Schneider, wurden einstimmig gutgeheißen und dem Kassierer Entlastung erteilt. Die Vorstandswahl ergab keine Änderung. Ein Beweis dafür, daß man mit der Tätigkeit der bisherigen Verwaltung einverstanden war. Hierauf referierte Kollege Wittke über die Auswirkungen der letzten Notverordnungen und forderte die Mitglieder auf, bei der Preisfestsetzung tatkräftig mitzuwirken. Eine reichhaltige Diskussion schloß sich dem Vortrage an.

Jungstadt. (Reichsarbeiter.) Vor Eintritt in die Tagesordnung unserer Generalversammlung gedachte die Versammlung der im letzten Jahre verstorbenen Mitglieder. Anschließend an seinen Geschäftsbericht beklagte der Vorsitzende die Säumnigkeit einiger Kollegen bezüglich der Beitragszahlung. Der vom Kollegen Heilmann erstattete Kassenbericht fand ebenfalls einstimmige Annahme. Bei der Vorstandswahl wurde die alte Vorstandsmannschaft mit großer Mehrheit wiedergewählt. Kollege Wittke hielt einen Vortrag über aktuelle aus der Gewerkschafts- und Sozialpolitik, dem sich eine rege Aussprache anschloß. Nach Erledigung einiger geschäftlichen Angelegenheiten wurde die gut besuchte Versammlung vom Kollegen Schuder geschlossen mit der Aufforderung, in der nächsten Versammlung wieder so zahlreich zu erscheinen.

Krefeld. Am 4. Februar hielt unsere Ortsgruppe ihre Generalversammlung ab. Kollege Belsch gab einen ausführlichen Geschäftsbericht. Demnach beträgt die Mitgliederzahl am Ende des Berichtsjahres 336. Im Verlaufe des Jahres haben stattgefunden: 6 Mitgliederversammlungen, 2 Gruppen- und Belegschaftsversammlungen, 11 Vorstandssitzungen und 5 Betriebsratsberatungsabende. Im November vergangenen Jahres konnte die Ortsgruppe auf ihr 25jähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlaß fand am 28. November eine Feier statt verbunden mit der Ehrung der 5 Jubilare, die teils noch Mitglieder der Ortsgruppe waren. In den weiteren Ausführungen behandelte der Vorsitzende noch die Ereignisse des letzten Jahres, schilderte die ungeborenen Opfer, die der Arbeiterschaft erreicht sei. Bei der Arbeiterschaft selbst läge es jetzt, weitere Verschlechterungen abzuwehren. Der Kassenbericht des Kollegen Schmitz konnte als musterhaft bezeichnet werden. Sämtliche arbeitslose Mitglieder, die ausgetastet waren, erhielten eine Weihnachtsgeldunterstützung aus der Ortsgruppenkasse. Einen weiteren Zuschuß erforderte das 25jährige Jubiläum. Trotzdem sind die Kassenverhältnisse gesund geblieben.

Mit Recht konnte daher Bezirksleiter Kollege Beder-Kahn vor den Wahlen dem bisherigen Vorstand für die geleistete tatkräftige Verbandsarbeit seinen besonderen Dank aussprechen. Der bisherige Vorstand wurde daraufhin durch Zuzahl einstimmig wiedergewählt. In seinem Vortrage behandelte Kollege Beder die wirtschaftliche Lage und die Einwirkungen auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeitnehmer

in den öffentlichen Betrieben, wobei er noch besonders die Arbeiten und Gefahren des kommenden Jahres unterstrich.

Landsberg. Am 19. Januar 1932 hielt die Ortsgruppe Landsberg ihre Generalversammlung ab. Trotz der schlechten Zeit waren die Mitglieder fast vollständig erschienen. Der 1. Vorsitzende, Kollege Ludwig, begrüßte insbesondere die alten Kämpen, die vor 10 Jahren die Ortsgruppe ins Leben gerufen haben. Dieses sind die Kollegen Harbig und Schubert sowie die Kollegen Sand und Winter. Die beiden erstgenannten sind auf Grund ihres Alters aus der Arbeit geschieden. Die beiden Letzten sind noch in Arbeit und sind tüchtige Mitarbeiter in unserem Verband. Daraufhin verlas Kollege Lorenz als Schriftführer den Geschäftsbericht, und Kollege Sand als Kassierer gab den Kassenbericht bekannt. Beide Berichte wurden mit Aufmerksamkeit verfolgt und einstimmig angenommen. Kollege Buchner hielt dann einen Vortrag über das Thema „Wo stehen wir jetzt?“ Die Lage des Jahres 1931 nochmals vor Augen führend und in die jetzigen Verhältnisse übergehend, schilderte er, wie notwendig der Zusammenschluß in einer Berufsorganisation ist. Er erinnerte an die Verhältnisse vor über 100 Jahren, wo von Schlesiern die Befreiung unseres Vaterlandes ausging und erklärte, wie es möglich sei, den Stand des deutschen Arbeiters wieder zu heben. Nach den Ausführungen des Kollegen Buchner nahm der Leiter des Arbeitsamtes Herr Hanisch das Wort, der eingehend die Kollegen über den Stand der Arbeitslosenversicherung nach den Notverordnungen aufklärte. Seine Ausführungen wurden mit Beifall entgegengenommen.

Nach der getätigten Vorstandswahl, die einstimmig Wiederwahl des bisherigen Vorstandes ergab, wurde unter Punkt „Verschiedenes“ noch darauf hingewiesen, daß im Laufe des Jahres in Anbetracht des 10jährigen Bestehens der Ortsgruppe eine Familienfeier stattfinden soll.

Lünen i. W. Arbeitslosigkeit und trotzdem rege Verbandsaktivität merkt der Bericht über die Generalversammlung vom 31. Januar. Die Kasse ist gut in Ordnung und bei der Vorstandswahl wurde Kollege Gröling wieder Vorsitzender und Kollege Meier Kassierer. Das Amt des Schriftführers erhielt der Kollege Wischmann. Der Bezirksleiter wurde durch den Vorsitzenden der Ortsgruppe Dortmund vertreten. Dieser schilderte in seinem Vortrag die Verbandsarbeit des letzten Jahres mit all ihren Schwierigkeiten und wie gewerkschaftliche Erfolge heute nicht mehr in Erringung von Verbesserungen liegen, weil diese jetzt unmöglich sind, sondern in der Abwehr weitgehender Verschlechterungen.

Mannheim. Am 5. Februar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt und entnehmen wir dem Jahresbericht des Ersten Vorsitzenden Jung folgendes:

Wurde schon das Jahr 1930 als ein Krisenjahr seitens der Arbeiterschaft gewertet, so war das Jahr 1931 besonders für die Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe noch viel verhängnisvoller. Die verschiedenen Lohnfürzungen, wie auch die Arbeiterabbaubestrebungen der Gemeinden haben auf den Kollegen wie ein drückender Alp gelastet. Erfreulicherweise haben die Gemeindearbeiter in Mannheim trotz aller Wirrnisse und Verdünnisse den Mut nicht verloren die Arbeit der gewerkschaftlichen Organisation bei Schlimmerem bestehen können und manche Härten ausgeglichen. So ist jetzt an die Gemeindearbeiter, Dank der Arbeit des Verbandes die Krisenlohnsteuer ab 8. November 1931 wieder zurückgezahlt worden.

Wenn auch die Erfolge materieller Art während der Notzeit nicht so groß sind, so sind sie immerhin beachtlich. Der Berichterstatter forderte die Mitglieder auf in aller Treue und Opferwilligkeit auch weiterhin für unseren christlich-nationalen Zentralverband der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen zu arbeiten.

Der Kassierer, Kollege Frank erstattete den Kassenbericht. Aus diesem ist zu entnehmen, daß an Verbandsbeiträgen 4883,65 M., an Beiträgen zur Inpalltenunterstützungskasse 771,90 M., insgesamt also 5655,55 M. vereinnahmt wurden. Diefen Einnahmen stehen 1388,66 M. Ausgaben gegenüber. Die Ortskasse, die im Vorjahr mit einem Defizit abgeschlossen hat, verfügt jetzt wieder über einen Kassenbestand von 36,08 M. Die Ortsgruppe Gemeindearbeiter Mannheim zählt 133 Mitglieder. Die Vorstandswahl erfolgte in größter Enthusiasmus. Gewählt wurden: als 1. Vorsitzender Kollege August Jung; als 1. Kassierer Valentin Frank und als 1. Schriftführer Philipp Gerstner. In scharfem Umriß zeichnete Kollege Souer noch die Arbeit, die im kommenden Jahre von uns zu leisten ist. Er forderte die Kollegen auf, für die weitere Ausbreitung des Verbandes in Mannheim tätig zu sein, damit die Gemeindearbeiter für alle Eventualitäten gerüstet seien.

Reiße O/S. In der Generalversammlung am 12. Februar erstattete der Vorsitzende, Stadtverordneter Mißner, den Tätigkeits- und Geschäftsbericht. Durch die finanzielle Notlage der Stadt Reiße wurde die gewerkschaftliche Organisation fast in Anspruch genommen, da es besonders im Herbst und kurz vor Weihnachten, zu harten Entlassungen bzw. vorübergehenden Aussetzungen in den öffentlichen Betrieben kam. Im Berichtsjahre fanden 11 Mitgliederversammlungen, 14 Vertrauensmänneritzungen und 7 Vorstandssitzungen statt. Kollege Piefke erstattete Johann den Kassenbericht. Aus demselben war zu ersehen, daß trotz der starken Krise es gelungen war, die Einnahmen im 4. Quartal, gegenüber dem 3. noch zu erhöhen. Im Anfang des Jahres waren 204 Mitglieder in der Ortsgruppe vorhanden. Am Schluß des Jahres betrug die Mitgliederzahl 179. Pensionäre sind in diesen Zahlen nicht mit eingerechnet.

Kollege Schönfeld bemerkte in seinem Vortrage, daß das Jahr 1931 ein schwarzes Jahr für die Kollegenchaft gewesen sei; trotzdem sei es gelungen, die tariflichen Bestimmungen aufrechtzuerhalten. Unter keinen Umständen dürfe die Kollegenchaft jetzt die Kerben verlieren. Mehr denn je sei es notwendig, partei Gewerkschaften zu besitzen. Schon mit Rücksicht auf die bevorstehenden Verhandlungen, über den Abschluß eines neuen Manteltarifvertrages für die Gemeindearbeiter. Betriebsratsvorsitzender Kollege erstattete Johann einen Bericht über die geleistete Arbeit des Betriebs- und Arbeiterrates im vergangenen Jahre. Der Redner konnte mitteilen, daß der Magistrat seinen Antrag angenommen habe, wonach

ab 1. April die Arbeitszeit von 40 auf 44 Stunden wöchentlich erhöht wird. Sodann wurde zur Vorstandswahl geschritten. Einstimmig wurde der gesamte alte Vorstand wieder gewählt.

Hofzheim (Baden). Die Ortsgruppe hielt am 13. Februar ihre gut besuchte Generalversammlung ab. Aus dem Geschäftsbericht war zu entnehmen, daß die Funktionäre sowohl in der Betriebsvertretung, wie im Ortsgruppenausschuß eine umfangreiche Arbeit geleistet haben. Insbesondere wurde im verfloffenen Jahre die Bewertung der Straßenbahnangestellten dahingehend entschieden, daß eine Zurückverlegung eines Teiles der Kollegen von Gruppe IV nach III vermieden werden konnte. Dies ist ein sehr erfreulicher Erfolg, den wir der Bezirksteilung unseres Verbandes zu danken haben. Bemängelt wurde, daß den Angehörigen eines verstorbenen Kollegen die versprochene freiwillige Leistung nicht gegeben wird. Das Bürgermeisteramt hat uns seinerzeit versprochen, daß die Hinterbliebenen so behandelt werden sollten, als hätte der verstorbene Ehegatte Anspruch auf Ruhegeld- und Hinterbliebenenversorgung erhalten. Heute wird erklärt, daß man dies infolge der Lage der Stadt nicht tun könne. Die Kollegen sehen dies als gegen Treu und Glauben verstoßend an. Desgleichen wurde der Preisabbau eingehend besprochen, der gemessen am Lohnabbau, noch nicht in nennenswerter Weise erfolgt sei. Auf dem Wege der Selbsthilfe soll versucht werden, Vorteile für die Mitglieder zu erzielen. Der Kassenbericht ließ musterghütige Kassenführung erkennen, und wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Bezirksleiter Jählinger gab Aufschluß über eine Anzahl wichtiger Fragen und ermahnte zu treuem Zusammenhalten in dieser Zeit der Not. Die Neuwahlen des Vorstandes erfolgten einmütig. Gewählt wurden die Kollegen Johann Kleinmaier als 1. Vorsitzender, Wilhelm Mayerhofer als Kassierer, Josef Erbelsborn als Schriftführer. An den Arbeiten des Komitees und der christlichen Arbeiterhilfe nimmt die Ortsgruppe regen Anteil.

Paderborn. Am 4. Februar fand eine Versammlung statt, in welcher Kollege Vorstmann (Essen) das Thema behandelte „Sind die Gewerkschaften noch notwendig?“ In anschaulicher Weise zeichnete der Referent ein Bild gewerkschaftlicher Arbeit in den letzten Jahrzehnten. Die beachtenswerten Erfolge, mögen sie auf sozialpolitischem oder arbeitsrechtlichem Gebiet liegen, seien infolge der Wirtschaftskrise fast bedroht. Wenn es bisher möglich war, alle Angriffe auf die soziale Gesetzgebung, auf das Tarif- und Schlichtungswesen, wie auch auf das Arbeitsrecht im allgemeinen, abzumehren, dann doch nur Dank des starken Einflusses der Gewerkschaften. Die Gefahr ist aber noch nicht beseitigt. Das Jahr 1932, so führte Redner aus, wird uns noch vor die schwersten Aufgaben stellen. Wollen wir diesen gewachsen sein, so müßte sich jeder einzelne für die Verstärkung des Verbandes einsetzen.

Mit großem Interesse wurden die Ausführungen aufgenommen, daß zeigte auch die sich anschließende, lebhafte Aussprache. Trotz allen Belastungen, die die Notverordnungen insbesondere auch den Gemeindearbeitern gebracht haben, hat man den Glauben an die eigene Kraft, den Glauben an die Gewerkschaften noch nicht verloren. Die 2. und die 4. Notverordnung wurden einer scharfen, aber sachlichen Kritik unterzogen. Die Preislenkung müssen wir unterstützen. Uneingeschränkte Anerkennung fanden die Bemühungen der Verbandsleitung, die nichts unberücksichtigt gelassen habe, die Lage der Gemeindearbeiter erträglich zu gestalten. Wenn die Bestimmung der 2. Notverordnung betr. Angleichung der Gemeindearbeiterlöhne an die Löhne der Reichsarbeiter nicht reiflos durchgeführt sei und ab 1. November 1931 die Erhebung der Krisenlohnsteuer für die Gemeindearbeiter in Fortfall gekommen ist, so ist das ein Erfolg der Gewerkschaften. Schöpfens bewertete wurde das Verhalten derjenigen, die aus parteipolitischen Motiven die Schlagkraft der Gewerkschaften zu schwächen versuchen. Einig war man sich darin, diesem Treiben, das die Kollegenchaft nur schädigt, ein Ende zu bereiten. Nachdem noch einige geschäftliche Angelegenheiten erledigt waren, schloß der Vorsitzende, Kollege Jürgens, die ausregend verlaufene Versammlung mit der Bitte an alle Anwesenden, aufzublicken unter der Kollegenchaft zu wirken und für die Stärkung unseres Verbandes sich einzusetzen. Dann werden wir auch diese Krisenzeit, mag sie noch so schwer sein und noch so lange dauern, überwinden, eingedenk des Dichterswortes „Und dräut der Winter noch so sehr, mit trocknen Gebärden und streut er Eis und Schnee umher, es muß doch Frühling werden.“

Pratteln. In der am 7. Februar stattgefundenen Generalversammlung lag Kollege Fuchs den Geschäftsbericht für das Jahr 1931. Die Ortsgruppe hat besonders unter der Arbeitslosigkeit zu leiden gehabt. Durch organisatorische Umänderungen hat sich die Zahl der Ortsgruppenmitglieder verringert, jedoch der Stand der Gewerkschaftler ist der gleiche geblieben. Nach dem Kassenbericht, welcher vom Kollegen Knader gegeben wurde, waren die Einnahmen dem Beschäftigungsverhältnis entsprechend, jedoch die Erwerbslosenunterstützung betrug im Jahre 1931 166,40 Mark, so daß in diesem Falle ebenfalls den Kollegen während ihrer Arbeitslosigkeit eine erhebliche Unterstützung gewährt wurde. Bei der Wahl der Verbandschaft wurde an Stelle des langjährigen Vorsitzenden Fuchs der Kollege Ulrich Böhler gewählt. Bernhard Knader als Kassierer und Josef Wagner als Schriftführer wurden wieder bestätigt. Kollege Oberwein (Rugsburg) dankte den Kollegen für ihr treues Zusammenhalten. Nach einem kurzen Referat über die wirtschaftliche Lage und die Bestimmungen der Arbeitslosenversicherung, schloß der Kollege Böhler die gut verlaufene Generalversammlung.

Schloßau. Unsere Generalversammlung fand am 13. Februar statt. Den Geschäftsbericht und den Kassenbericht erstattete der Kollege Londa. Im Berichtsjahre sind 7 Versammlungen abgehalten worden, in denen jeweils ein Vortrag gehalten wurde. Die Mitgliederzahl hat sich wenig geändert. An Arbeitslosenunterstützung sind 78 Mark ausgezahlt worden. Dem Bericht folgte die Vorstandswahl. Neugewählt wurde als Schriftführer der Kollege Püsch. Im übrigen sind die alten Vorstandsmitglieder wieder gewählt worden. Nach den Wahlen hielt Bezirksleiter, Kollege Knoll, einen Vortrag über den Aufgabenkreis unseres Verbandes. Ausgehend von dem § 2 der Satzung betonte er den wirtschaftlichen Charakter

des Verbandes und zeigte dann im einzelnen, wie der Verband auch im verfloßenen Jahre trotz der wirtschaftlichen Notzeit seinen Aufgaben gerecht geworden sei. Im Besonderen hob er die Verdienste des Verbandes, die auf dem Gebiete der Tarifvertragsgestaltung liegen, stark hervor. Wenn auch die Ungunst der Zeit, eine Verbesserung der tarifvertraglichen Leistungen erforderlich gemacht habe, so stehe doch fest, daß mittels der Tarifverträge viele Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen verhindert werden konnten. Nachdem der Redner die verschleuderten Tarifgebiete, für die der Verband zuständig ist, besprochen hatte, ging er auf die Leistungen ein, die sich auf die Erhaltung und Förderung der sozialen Gesetzgebung erstrecken. Dabei besprach er die Ursachen die zu den Leistungseinschränkungen der letzten beiden Jahre geführt haben. Zuletzt sprach Kollege Knoll über die Unterstützungseinrichtungen des Verbandes und hob dabei die großen Vorteile hervor, die der Verband in der Unfall-, Krankenversicherung und der Alters- und Invalidenversicherung bietet. Dem Vortrag schloß sich eine lange Aussprache an, wobei von den Rednern immer wieder der Zufriedenheit über die Leistungen des Verbandes Ausdruck verliehen wurde.

Stuttgart. Unsere Ortsgruppe hielt am 31. Januar 1932 ihre diesjährige Generalversammlung ab, die trotz der Zeitverhältnisse sehr gut besucht war. Die Mitgliederzahl konnte im Laufe des Jahres wieder eine Steigerung erfahren und ist der Gewanke der christlich nationalen Bewegung bei den Gemeinde- und Staatsarbeitern im vorwärtsbringen. Die seitberige Leitung der Ortsgruppe wurde einstimmig wiedergewählt und zwar: 1. Vorsitzender Kollege Höttinger, Kassierer Kollege Traber, Schriftführer Kollege Bed. Im weiteren Verlauf der Debatte kam auch durch eine Zwischenbemerkung die Sprache auf die zurzeit rühmlichst bekannte „Eiserne Front“ und wurde in diesem Punkt der Beschluß gefaßt, diese Organisation ruhig den Genossen zu überlassen. Mit der Bitte um weitere kollegiale Mitarbeit konnte der Vorsitzende die einstimmig verlaufene Versammlung beenden, die zugleich die Zentrale, Bezirks- und Landesleitung für die in dem starken Krisenjahr geleistete Unterstützung bzw. Aufhalten größerer Verschlechterungen ihren Dank und ihr volles Vertrauen aussprach.

Scheuring. In unserer Generalversammlung, am 7. Februar, gab der Vorsitzende den Geschäftsbericht für das Jahr 1931. Derselben ist zu entnehmen, daß die Arbeitslosigkeit beim Straßen- und Flußbauamt Bestheim anhielt. Keim Kollege konnte eine dauernde Beschäftigung nachweisen. Unter diesen Umständen ist es erklärlich, daß die Verbandsunterstützung für Erwerbslosigkeit stark in Anspruch genommen wurde. Trotzdem konnte die Ortsgruppe ihren Stand an Mitglieder ziemlich aufrecht erhalten. Gegen den Kassenbericht, welcher vom Kollegen Winterholler gegeben wurde, ist von keiner Seite ein Widerspruch erhoben worden. Bei der Neuwahl der Vorstandschaft wurden die alten Mitglieder wieder gewählt. 1. Vorsitzender ist demnach Lepp Matthias, 1. Kassierer Winterholler Josef, 1. Schriftführer Brenner Karpat. Kollege Oberwein (Mugsburg) zeichnete in einem kurzen Referat die wirtschaftliche Lage im Jahre 1931. Er wies besonders darauf hin, daß die Not-Maßnahmen der Regierung zwingen-läufiger Natur waren, obwohl durch einen stärkeren Zusammenschluß der Arbeitnehmer manche Ungerechtigkeiten hätten vermieden werden können. Zum Schluß gab er auch noch Auskunft betreffs § 89a WABG, der besonders den erwerbslosen Mitgliedern in den ländlichen Gemeinden Schwierigkeiten bereitet. Er wies bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß auf Grund der Anträge der Gewerkschaften eine Milderung in der Handhabung dieser Bestimmungen erreicht wurde. Nach einer lebhaften Debatte über die Verbandsbeiträge wurde beschlossen, den bisherigen Vertragslaß in einer Gruppe beizubehalten. Nach einigen ermunterten Worten an die Mitglieder und mit dem Dank an den Referenten schloß der Vorsitzende die Generalversammlung.

Elft. Seit 12 Jahren besteht das Betriebsrätegesetz. In Kurzen, Zeitschriften und in Versammlungen sind die Mitglieder und Betriebsvertreter über den Inhalt und die Anwendung des B. R. G. aufgeklärt worden. Die Fälle von unrichtiger und verkehrter Anwendung des Gesetzes durch Betriebs- und Arbeiterratsmitglieder sind erfreulicherweise Ausnahmen. Eine dieser Ausnahmen ist der Betriebs- und Arbeiterratsvorsitzende der städtischen Gasanstalt in Elft. Der Genannte war jahrelang Mitglied des sozialistischen Gemeindearbeiter-Verbandes und ist gegenwärtig bei der R. G. O.

Am 27. Januar 1932 fand, um 7 Uhr früh, eine Betriebsversammlung in der Gasanstalt statt, an der auch der Vertreter unseres Verbandes teilnehmen wollte. Der Betriebsratsvorsitzende verweigerte demselben aber die Teilnahme und forderte sogar zum Verlassen des Werkes auf. Einige besonders tüchtige Gewerkschafter der gleichen Geistesrichtung forderten sogar zum tätlichen Angriff auf. Auch der Installationsmeister, der Vertreter des Arbeitgebers, half den Sozialisten und Kommunisten den Gewerkschaftsvertreter, von der Teilnahme an der Betriebsversammlung abzuhalten. Da der Betriebsratsvorsitzende und sein Anhang sich nicht aufklären ließen und die Teilnahme an der Versammlung verweigerte, wird das Arbeitsgericht in Elft mit der Angelegenheit zu beschäftigen haben und entsprechende Befehle erteilen.

Die Sozialisten und Kommunisten behaupten bekanntlich von sich, daß nur sie die Interessen der Arbeiter richtig wahrnehmen können. Dieser Fall zeigt aber, daß sie häufig nicht mal mit den einfachsten gesetzlichen Bestimmungen vertraut sind. Was ihnen an Geist abgeht, das haben sie dafür an Praesen und radikalsten Redensarten um so mehr. Das Licht vom Osten, das die Kommunisten in Deutschland leuchten lassen wollen, scheint bei den R. G. O.-Leuten in Elft, obgleich sie Rußland räumlich am nächsten liegen, noch nicht aufgegangen zu sein.

München. Dem in der diesjährigen Generalversammlung erstatteten Jahresbericht ist zu entnehmen: Die Mitgliederzahl blieb stabil und betrug am Schluß des Jahres 201. Es fanden statt: 1 Generalversammlung, 5 Ausschüßlungen und 8 Versammlungen. An Tagen wurden 10 559 Stund umgeleht. Das Jahr 1931 war ein Jahr der Not. Doch dürfen wir in dieser Krisenzeit nicht den Kopf verlieren, sondern müssen unentwegt

treu zum Verbands stehen. Kollege Borstel hielt einen Vortrag über „Die Notlage der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe unter Berücksichtigung unserer Rechte“, die wir erst zu verlieren haben, nachdem der Reichsmanteltarif zum 1. April 1932 gekündigt ist.

Die erfolgte Neuwahl ging flott vor sich und wurde die alte Vorstand-schaft einstimmig gewählt. Der gewählte Wahlvorstand sprach dem 1. Vorsitzenden Mos, dem 1. Kassierer Prödl, dem 1. Schriftführer Banz, sowie dem gesamten Ausschüß und Vertrauensleuten den Dank aus für die geleistete Arbeit des vergangenen Jahres.

Behringen. Einen geradezu musterghiltigen Besuch wies unsere am 14. Februar stattgefundene Generalversammlung auf. Waren doch sämtliche Mitglieder der Ortsgruppe erschienen. Der Geschäftsbericht des Kollegen Egger und der Kassenbericht des Kollegen Eich wurden beifällig aufgenommen. Die Mitgliederzahl hat eine kleine Steigerung erfahren. Ein wesentlicher Teil der Einnahmen floß in Form von Unterstützungen an die Kollegen zurück. Auf Antrag der Redatoren wurde der Vorstandschaft Entlastung erteilt. Ein vorzügliches Bild der Einmütigkeit ergab die Vorstandswahl, bei welcher die gesamte Vorstandschaft wieder gewählt wurde. Kollege Sauermann (München) referierte über die wirtschaftlichen und tariflichen Verhältnisse der Flußbauarbeiter und ermahnte zum Vertrauen zur Organisation.

Berchtesgaden. Die am 14. Februar 1932 stattgefundene General-versammlung unserer Ortsgruppe entrollte ein trauriges Bild der Gegen-wart. Die Mitglieder sind durchwegs Straßen- und Flußbauarbeiter und sämtlich arbeitslos. Doch konnte trotzdem die Organisation schöne Er-folge erringen, durch Wahrnehmung der Interessen der Kollegen-schaft vor den Spruchauschüssen der Arbeitsämter. Vielen arbeitslosen Kol-legen konnte entgegen den ersten ablehnenden Bescheiden der Arbeits-ämter die Arbeitslosen- oder Krisenunterstützung verschafft werden. Der Kassenbericht ergab ein schönes Bild von der Unterstützungstätigkeit des Verbandes. Beide Berichte führten den Kollegen die Notwendigkeit der Gewerkschaften auch heute in der Zeit der Not vor Augen.

Die Vorstandswahl war ein Vertrauensvotum für die bisherige Vor-standschaft. Nur an Stelle des Schriftführers trat der Kollege Brandt-ner, eines der Gründungsmitglieder unserer Ortsgruppe.

Kollege Lehner (München) berichtete über das abgelaufene Geschäfts-jahr. Wenn dieser Bericht auch kein besonders günstiger war, so dürfen wir die Hoffnung doch nicht aufgeben. Vertrauen zu uns selbst und damit Vertrauen zur Gewerkschaft wird und muß uns wieder einer bes-sern Zeit entgegenführen.

Rosenheim. Am 13. Februar 1932 fand in Rosenheim die General-versammlung unserer Ortsgruppe statt. Der Geschäftsbericht des Vor-sitzenden Kollegen Leberfinger und der Kassenbericht des Kassierers Kol-legen Klinginger wurden mit Befriedigung zur Kenntnis genommen. Bei der Neuwahl der Vorstandschaft wurde an Stelle des bisherigen verdienstvollen Ersten Vorsitzenden der Kollege Johann Winkler ge-wählt. Kollege Lehner (München) berichtete in einem ausführlichen Re-ferat über das Jahr 1931, die Auswirkungen all der Notverordnungen auf die Kollegen-schaft und entrollte zugleich ein Bild der Zukunftsaufgaben der christlich organisierten Arbeiter-schaft. Wir kennen als christliche Gewerkschaften keinen Radikalismus, sondern nur ein Vorwärts-streben auf dem Boden christlicher Weltanschauung. Darum müssen wir immer unserer Interessenvertretung, den christlichen Gewerkschaften, in diesem schweren Kampf den Rücken stärken.

Mit einem einstimmigen Bekenntnis zur Gewerkschaft wurde die wür-dig verlaufene Versammlung geschlossen.

Leset den Deutschen!



GEDENKTAFEL

Geforben sind die Kollegen:

Josef Loth, Offenburg	17. 1. 1932
Adam Kortwig, Würzburg	30. 1. 1932
Otto Höft, Hamborn	31. 1. 1932
Ludwig Sattner, Regensburg	1. 2. 1932
Willy Dülges, Düsseldorf	1. 2. 1932
Josef Reiner, Elbing	3. 2. 1932
Joh. Kuzay, Dortmund	8. 2. 1932
Jakob Ludwig, Straubing	11. 2. 1932

EHRE IHREM ANDENKEN!